

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftföhrer:  
Erich Hilfinger, Berlin.  
Verleger: Karl Dietz Verlag GmbH



Redaktion für Berlin und Umgebung:  
Berlin O 20 04, Silesien-Platz 6  
Telefon: 60211

Die Zeitung wird in Gelförderung  
des Reiches und der Provinzen herausgegeben. Die Abnahme der Zeitung  
ist durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda  
für den Reichsbereich, sowie durch die Landesminister für den Reichsbereich  
für den Reichsbereich, sowie durch die Landesminister für den Reichsbereich

Berlin, den 22. Dezember 1932

Int. Institut  
ges. Geschichtslehre  
Amsterdam

## Italien und Dalmatien.

SPD. Wer will behaupten, es gäbe in Italien keine Freiheit? Studenten toben auf den Strassen und fordern die Erlösung der "Dalmazia irredenta". Die Zeitungen führen eine Sprache, für die nur ein regelrechtes Ultimatum eine Steigerung bedeuten könnte. Man demonstriert vor jugoslawischen Konsulaten. Man wirft Jugoslawien vor, ein Ausnahmegericht zu haben, Gegner des Regimes im Kerker zu foltern, eine Diktatur zu haben, in der die Stimme des Volkes kein Gehör finde. Wo ist die berühmte fascistische Ordnung, wenn es auf einmal einen lärmenden Irredentismus gibt?

Die fascistische Ordnung ist ungeschmälert. Noch immer fällt kein Sperling vom Dache, ohne dass Mussolini es will. Meute will er, dass der Zeiger der fascistischen Politik auf Studentenunruhen, Volksentrüstung und patriotische Gährung steht. Die Sache ist grundverschieden von der Situation der Vorkriegszeit, wo der Schrei nach Trient und Triest die Bedeutung einer Massenstimmung hatte, die die Regierung nicht mundtot zu machen vermochte. Heute hat die Stimmung der Massen gar nichts mit der Sache zu tun. Heute ordnet die Regierung die Unruhen an, und ihre Schwarzhemden brüllen, ihre Journalisten schreiben geharnischte Artikel, ihre Vereine nehmen Tagesordnungen an.

In Trau (Trogir) haben die Jugoslaven - irgend eine kleine Schar von Hitzköpfen - die alten Löwen Venetiens zerstört, die aus der Zeit der venetianischen Herrschaft stammten. Eine vandalische Tat, auf die die Fascisten aber nicht besonders empfindlich sein sollten, denn sie selbst haben genug Denkmäler und Grabstätten verwüstet und besudelt. In Tirol: das Denkmal Walters von der Vogelweide.

In Sachen Löwen von Trau wurden an Mussolini haufenweise Telegramme geschickt, die in einem Museum der Weltfriedenpropaganda interessant wären:

"Die Mailänder Studenten, vereint unter den blauen Wimpeln Dalmatiens, erneuern heute feierlich den adriatischen Brüdern ihr Versprechen der Treue und wiederholen Ihnen die Versicherung, bereit zu sein, auf dass die niedergeschlagenen Löwen von Trau sich bald brüllend wieder erheben, um den Flug der kaiserlichen römischen Adler zu schützen. Spalato!"

Dieselben Studenten haben dann eine lange Tagesordnung gegen den "provisorischen Tyrannen Serbiens" angenommen und erklärt, dass nichts die Geschichte und das Recht zerstören könne, das von Rom ausgegangen ist "und aus dem fascistischen und kaiserlichen Rom fortfahren wird, die Völker zu erleuchten". Ebenso kaiserlich und fascistisch haben sich die Studenten von Neapel, von Caserta, Treviso, Parma und andern Städten der Löwen angenommen. Alle kriegsbereit!

Was bedeutet diese kommandierte Aufregung? "Das jugoslawische Geschwür ist in die Phase akuter Eiterung getreten" schreibt ein Turiner Blatt an leitender Stelle, und fährt fort: "Sicherlich wird irgend ein Streich vorbereitet, nach dem Muster des Mordes von Serajewo, der Europa in einen Schmelzofen von Blut geworfen hat". Es folgt dann eine Beschreibung der jugoslawischen Diktatur, die das Blatt auch nach heimischen Vorbildern hätte liefern können: "Die innere Lage des Königreichs ist von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat schlechter geworden, so dass gar kein Ausweg mehr bleibt; eine Militärligue hält sich nur durch Terrorismus gegenüber einer elenden Bevölkerung. Die pseudoparlamentarische (!) Maske ist gefallen: hart, schneidend, erbarmungslos sind die Beziehungen, wie das unter Bedrückern und Bedrückten der Fall zu sein pflegt... Den Leuten, die der Hunger und die Gewalttat erschöpft hat, will man ein Reizmittel einimpfen: den Krieg, als das ersehnte Unternehmen der Belgrader Klique seit einem Jahrhundert". Belgrad wird dann als Mittelpunkt der kleinen Entente hingestellt. Offiziell zielt man gegen Ungarn, in Wahrheit aber gegen Italien. Es folgt eine Flut von Drohungen, die Versicherung, dass Italien "im Interesse des Friedens von ganz Europa" die Wacht gen Osten hält, und zum Schluss wird Frankreich aufgefordert, zwischen der Freundschaft Italiens oder Serbiens zu wählen.

Dass die zwei steinernen Löwen von Trau diesen Lärm rechtfertigen, kann kein vollsinniger Mensch glauben. Man denkt an die von dem Turiner Blatt geschilderte Lage Serbiens und ihre unheimlich Aehnlichkeit mit der in Italien. Will man das Reizmittel Krieg? Für den augenblicklichen Bedarf genügt das Reizmittel "Irredentismus". Woher nimmt aber derselbe Fascismus, der den Südtirolern und den Südslaven ihre Sprache, ihre Sitten, ihre Familiennamen nimmt, auf den Grabsteinen die deutschen und südslawischen Inschriften austilgen lässt, das Recht, die Serben als Bedrücker Dalmatiens zur Rede zu stellen?

Der Fascismus ist heute wie ein Hausherr, dem es zu Hause nicht gemütlich ist. Er hat allerlei häuslichen Kummer. Von der Betätigung der "Hierarchen" in unehrlichen Bankgeschäften, von ihren Unterschleifen im Amt ganz zu schweigen, konstatiert er gerade in diesen Tagen den völligen Bankrott seiner Politik. Italien sollte unter dem Fascismus der Scholle zurückgegeben werden, der ländlichen Einfachheit und Sittenreinheit. Mussolini hatte sich photographieren lassen, wie er hinter dem Pfluge schreitet. Er wand sich Aehren um seine Glatze und sprach leutselig mit Landarbeiterinnen. - Und nun werden die ersten Ergebnisse der Volkszählung von 1931 bekannt. Die ländliche Bevölkerung ist in den letzten zehn Jahren um mehr als 2 Millionen Seelen zurückgegangen, bildet heute nur noch 24,9 statt 33,2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Darum hat man die Freizügigkeit von dem Lande nach der Stadt aufgehoben, die Stadt als Sündenpfuhl verflucht, als den eigentlichen Nährboden des Fascismus die Felder und Aecker bezeichnet! Mussolini, wie erpflügt, Mussolini, wie er erntet! Und das Geständnis, der Fascismus werde das industrielle Proletariat nie erobern!

Das ist eine grosse Blamage. In den Zeiten, als alljährlich eine halbe Million Landarbeiter auswanderte, hat Italien nie diese Entvölkerung des flachen Landes erlebt, wie bei gesperrten Grenzen in den zehn Jahren unter dem Hutenvögel. Es ist freundlich von den Löwen von Trau, dass sie sich gerade jetzt kurz und klein schlagen liessen, wo der "Duce" so viel Arger mit der Statistik hat. Europa aber sollte aufpassen, dass es nicht die Scherben bezahlen muss.

SPD. Warschau, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Lemberg wurden drei junge Ukrainer, die als Mitglieder einer ukrainischen Kampforgansation an einem Raubüberfall auf ein ostgalizisches Postamt teilgenommen hatten, von einem Standgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Unter den Angeklagten befinden sich zwei, die verdächtig sind, an der Ermordung des Pilsudeki-Politikers Holuwko im vorigen Jahre beteiligt gewesen zu sein.

---

SPD. Am 20. und 21. Dezember fand im grossen Ziehungssaal des früheren Dienstgebäudes der Preussischen General-Lotterie-Direktion, Berlin, Markgrafenstrasse, die Ziehung der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie statt. Die Ueberwachung oblag einem Notar und einem Beamten des Berliner Polizeipräsidiums. Gespannt folgte eine grosse Zuschauermenge dem Ziehungsvorgang, der bis in die kleinste Einzelheit reibungslos verlief. Auf folgende Nummern fielen grössere Gewinne:

Der Zwanzigtausend-Mark-Gewinn fiel auf die Nummer 379 135, der Zehntausend-Mark-Gewinn auf die Nummer 268 608, ein Fünftausend-Mark- und ein Fünf-Mark-Gewinn auf die Nummer 856 031, der Zweitausendfünfhundert-Mark-Gewinn auf die Nummer 771 527, die Fünfhundert-Mark-Gewinne auf die Nummern 932 398, 1 298 157, 137 658, 367 273 und 502 284.

Die genannten Nummern sind in beiden Abteilungen A und B auf den gleichen Gewinn gezogen worden. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Zahlen übernehmen wir nicht.

---

SPD. Dresden, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Dresden wurden am Donnerstag die beiden Direktoren der Haus Bergmann Zigarettenfabrik A.G., der 48jährige Generaldirektor Karl Bergmann und der 38jährige Fabrikdirektor S. Bergmann, sein Bruder, verhaftet. Die beiden Brüder stehen im Verdacht, Zuwiderhandlungen gegen die Devisenbestimmungen begangen zu haben. Es soll sich um einen Betrag von mehreren Millionen Mark handeln.

---

SPD. New-York 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Das Repräsentantenhaus genehmigte die Biervorlage mit 230 gegen 165 Stimmen. Dieser Beschluss wird von den "Massen" als das Ende des Alkoholverbotes gewertet. Es ist jedoch zweifelhaft, ob der Senat das Biergesetz genehmigt. Der Einspruch des Präsidenten Hoover ist sicher.

Die Prohibitionsgegner begründen ihre Zustimmung zu der Biervorlage vor allem mit den aus ihr zu erwartenden Steuereinnahmen. Fünf Dollar pro Fass und tausend Dollar für jede Braulizenz. Summen, die ausreichen, den Staatsetat zu balanzieren.

---

SPD. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten der Kommunistischen Internationale Bucharin wurde in Moskau die Konferenz zur Vorbereitung des Fünfjahresplans eröffnet.

---

SPD, Im "Reichsbund", dem Bundesorgan der grössten Kriegsofferorganisa-  
tion Deutschlands erfährt die Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher  
folgende Beurteilung:

"Leider hat auch der neue Reichskanzler es nicht für nötig erachtet, auf  
die Lage der Kriegsoffer einzugehen und sich darüber zu äussern, welche Mass-  
nahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Not derer zu lindern, die für den Bestand  
des Reiches Leben und Gesundheit geopfert haben, obwohl der Bundesvorstand  
des Reichsbundes noch am Tage vor seiner Rundfunkrede an den Reichskanzler  
von Schleicher folgendes Telegramm gerichtet hat:

"Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene sehen mit Spannung der mor-  
gigen Erklärung der Reichsregierung im Rundfunk durch sehr verehrten Herrn  
Reichskanzler entgegen. - Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer  
und Kriegerhinterbliebenen verweist nochmals auf das am 7. Dezember 1932 zu-  
gestellte Aktionsprogramm und seine darin formulierten vordringlichen For-  
derungen, deren baldigste Erfüllung erwartet wird."

Nach dem Rücktritt des leider zu früh verstorbenen, der Sozialdemokratie  
angehörigen Reichskanzler Hermann Müller hat kein Reichskanzler, weder Dr.  
Brüning, noch die Herren von Papen und von Schleicher, es für nötig befunden,  
den Kriegsoffern zu sagen, ob und was für die Verbesserung ihrer Lage getan  
werden soll. Diese Unterlassung erleichtert den Kriegsoffern die Beurteilung  
der Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers und seines Regierungsprogramms.

-----

SPD. Am Donnerstag=Nachmittag nahm die Sozialdemokratische Partei für  
immer Abschied von einem ihrer grössten Kämpfer, von Eduard Bernstein.

Auf dem schlichten Sarg, der die sterbliche Hülle von Eduard Bernstein  
birgt, liegt ein Strauss roter Nelken. Undendlich gross ist die Zahl der  
Kränze, die "dem treuen Mitarbeiter", dem "Lehrer und Vorkämpfer", dem "Pa-  
triarchen der Sozialdemokratie", "unserem Kameraden", dem "Streiter für Volks-  
recht und Freiheit" bei seiner Beisetzung im Krematorium Wilmersdorf-Berlin  
gewidmet wurden. Die Halle vermag die Zahl der Trauergäste nicht zu fassen.  
Sie alle sind da, die Mitkämpfer des Toten aus Partei und Gewerkschaft und  
aus der Internationale.

Weihevoller Musik leitet die Trauerfeier ein. Die Gedächtnisrede hält  
Friedrich Stampfer: "Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialdemokratien  
von Berlin, der Stadt, deren Sohn Eduard Bernstein war, entbieten dem grossen  
Kämpfer, dem lieben Freund ihren letzten Gruss. In der Proletarierwohnung sei-  
nes Vaters, des Lokomotivführers Bernstein, war das Kommunistische Manifest  
ebenso wenig bekannt, wie die Schriften von Lassalle bekannt waren. Aber als  
dann der junge Bankangestellte in einem privaten Kreis von den Zielen der So-  
zialdemokratie erfuhr, da schloss er sich der Bewegung an, zuerst nicht als  
Klassenkämpfer, sondern aus dem Gefühl heraus, dass ihn für Freiheit, Gleich-  
heit und Brüderlichkeit kämpfen liess. Er wurde Klassenkämpfer. Das Soziali-  
stengesetz verwies ihm die Heimat. Er musste hinaus ins Exil, in dem er bei-  
nahe zwei Jahrzehnte zubrachte. Er verarbeitete das Geistesgut von Marx und  
Engels, und ohne Kautsky und ihn wäre aus der esoterischen Lehre niemals ei-  
ne Massenbewegung geworden. Als er dann nach Deutschland zurückkehrte, lernten  
wir in der internationalen politischen Berühmtheit einen einfachen lieben Men-  
schen kennen. Es kam der Krieg, den er besonders bitter empfand, und es kam  
die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung. Bernstein aber war es, der als  
einer der ersten die Parole der Wiedervereinigung ausgab und betätigte, und  
als dann die Einigung da war, da waren wir alle stolz, unseren Eduard Bern-  
stein als einen der Würdigsten, sei es als Publizist, als Wissenschaftler, als  
Mitglied der Reichstagsfraktion oder als Stadtverordneten in unseren Reihen  
zu wissen. Erst als das Alter ihn zwang, setzte er sich zur Ruhe. Ihm sei der

Frieden, uns aber in seinem Geiste der Kampf."

Im Namen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der niederländischen Sozialdemokratie sprach Vliegen Worte des Abschieds: "Er war einer der wenigen noch lebenden Pioniere aus der Heldenzeit des Sozialismus. Er verachtete die Waffen der Barbaren, sein Schwert war der Geist. Zur Schulung der Arbeiter in allen Ländern trug er Unvergängliches bei. Er wies den Sieg revolutionären Kampfes mit demokratischen Methoden". Im Namen der Leitung der "Sozialistischen Monatshefte" würdigte Kampfmeier das sozial schöpferische Wirken Bernsteins. Grumbach-Paris dankte dem Toten im Namen der französischen Sozialisten.

Wieder erklang Trauermusik. Die Fahnen senkten sich, der Sarg verschwand, die Sozialisten der Welt hatten von einem ihrer Besten Abschied genommen.

-----

SPD. Stuttgart, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs Klage auf Aufhebung des Artikels 4 der 5. Notverordnung des württembergischen Staatsministeriums vom 24. September 1932 erhoben, durch die die nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für den 31. März 1933 vorgesehene restlose Durchführung des achten Volksschuljahres "bis auf weiteres" verschoben werden, d. h. in Wirklichkeit überhaupt nicht mehr erfolgen soll. Bei dieser Massnahme stützte sich das württembergische Staatsministerium auf die durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. 8. 1931 und 7. 10. 1931 den Länderregierungen erteilte Ermächtigung, zum Zweck der Herstellung des finanziellen Ausgleichs in den Haushalten des Staats und der Gemeinden vom geltenden Landesrecht abzuweichen.

Die Klage der sozialdemokratischen Fraktion der württembergischen Landtags stützt sich in erster Linie darauf, dass Artikel 145 Satz 1 der Reichsverfassung, der das achte Schuljahr vorschreibt, zwingendes Recht ist, das auf Grund des Artikels 48 weder vom Reichspräsidenten noch von einer Länderregierung ausser Kraft gesetzt werden kann. Ausserdem macht die Sozialdemokratische Fraktion geltend, dass die Anordnung des württembergischen Staatsministeriums insofern auch eine Ueberschreitung der vom Reichspräsidenten erteilten Ermächtigung darstellt, als sie schematisch die Verpflichtung zur Durchführung des achten Schuljahres für alle Gemeinden des Landes aufhebt, in denen es bisher noch nicht besteht - das ist die überwiegende Mehrheit - also auch dort, wo seine Durchführung gar keine Mehrausgaben verursacht, den Ausgleich des Haushaltes also gar nicht gefährden kann. Mit Rücksicht auf die praktische Bedeutung der Entscheidung für das am 1. April 1933 beginnende neue Schuljahr haben die Antragsteller um eine beschleunigte Erledigung des Verfahrens ersucht.

-----

SPD. In der neuesten, am Donnerstag erschienenen Ausgabe des Berliner Nazi-Oppositionsblattes, bekräftigt Otto Strasser "trotz und wegen der an ihm aus dem Hitlerlager gekommenen Mordandrohungen" seine Enthüllungen über die Zustände in der Hitlerpartei und über die Ursachen der "Ausbootung" Gregor Strassers.

Gegenüber allen von den Braunen Häusern gegebenen Dementis hält Otto Strasser seine von uns wiedergegebene Darstellung aufrecht. Er habe von vornherein mit der bekannten Dementiermaschine Hitlers gerechnet. Sie habe auch jetzt wieder prompt funktioniert. Es bleibe also nichts übrig, als den Wahrheitsbeweis anzutreten, und Otto Strasser bietet sich an, seine Behauptungen in einem Monstreprozess vor Gericht eidlich zu erhärten. Er fordert Hitler auf, ihm diese Gelegenheit zu geben und er werde beweisen:

1.) Die Tatsache der Millionenschulden der Hitlerpartei, der Nazipresse und der Naziunternehmungen. Dabei dürfe sich niemand täuschen lassen, wenn die meisten dieser Unternehmungen auf einen Privatnamen notariell eingetragen sind, wie z.B. das Braune Haus in Breslau, bei dem als Käufer der Gauleiter Brückner fungierte. Offiziell hafte er zwar für die noch rückständige Summe von 100 000 Mark, deren Monatsraten von 10.000 Mark ins Stottern geraten seien. In Wahrheit seien dies aber Schulden der Naziartei.

2.) Otto Strasser behauptet noch einmal die Drohung Schleichers, der SA die Finanzierungsquellen zu verstopfen, falls Hitler "die Anlauffrist" dem Kanzlergeneral verweigere. Hier habe auch Schleicher dementiert. Strasser ruft aber Göring als Zeugen an! Ihm gegenüber sei Schleichers Drohung gefallen. Der Kanzler habe dabei drohend auf die hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise gedeutet, woraus wieder einmal klar ersichtlich sei, wer die "sozialistische Arbeiterpartei" des Herrn Hitler finanziere. Die Schwerindustrie, die Grossagrarien und die Grossbanken! Dass die Drohung Schleichers wahr sei, beweist nach Otto Strasser allein die gegenwärtige politische Haltung der Naziartei und ihre Tolerierungspolitik. Die Hitlerpartei hat dem Kabinett Schleicher "die Anlauffrist" gegeben!" Keine Propagandalüge wische diese Tatsache fort!

"Um aber Hitler zu zeigen, wie gut wie über die internsten Vorgänge in seiner Partei und in seinen Fraktionen informiert sind", schildert Strasser in seinem neuen Artikel "die Hündchen-Szene" und den Treuschwur der Reichstagsfraktion für Hitler nach dem "Krankheitsurlaub" Strassers wie folgt:

"Nach kurzer, "gemütvoller" Ansprache Hitlers, der mit tränenerstickter Stimme immer ausrief: "Dass er mir das antun konnte! Gerade jetzt! Das hätte ich nie für möglich gehalten! -" sank der gute Schauspieler "völlig gebrochen" auf einen Stuhl - und weinte. Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend und die Tränlein liefen ihm über die dicken Backen. Daneben schluchzend Herr Brückner und - Krokodilstränen, seid gelobt - Dr. Goebbels mit weissem Taschentuch. In zweiter Reihe Herr Bernhard Kuss, von einem Weinkrampf geschüttelt und Herr Heines, wüste Drohungen gegen Strasser ausstossend. Im Hintergrund hörte man Streichers sonore Stimme: "Der treulose Hund, der Strasser! Unserem Führer solches Leid zuzufügen." Und dazwischen drängte und schob sich die Schar der erstaunten, empörten, verdatterten, ratlosen Mannen, von denen nur Reventlow mit seinem mokanten Gesicht und Kaufmann und Koch mit ihren roten Köpfen auffielen."

Otto Strasser schliesst seinen Artikel mit den Worten: "So - und wenn es Herrn Hitler oder Herrn Dr. Goebbels gelüstet, den Wahrheitsbeweis für die genaue Wiedergabe dieses Bildes zu hören - dann stehen wir ihm vor Gericht mit der Zeugenaussage von etwa 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfügung!"

Keine Schmierenkommödie könnte eine solche Szene erfinden, kein Theater je einen solchen Oeldruck wie ihn hier die Helden des Dritten Reiches stellen. Die "rauhem Kämpfer", die Männer aus der Nacht der langen Messer, die Galgenbauer und Hanfseildreher, die Erretter des deutschen Volkes weinend um ihren wie ein Klageweib zusammengebrochenen und heulenden grossen "Führer" und Oberbefehlshaber Adolf. Daneben Mephisto, Joseph Goebbels, "der klumpfüssige Verräter" die trüffelnde Nase in das weisse Schnupftuch haltend: wenn die Helden längst vermodert sein werden, dies Bild wird bleiben! "An den Wassern Babylons" war nichts dagegen.

SPD. München, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die im November in einer Zeitschrift veröffentlichten Behauptungen, dass der Gerling-Versicherungs-Konzern in den Jahren 1930/32 mit rund 10 Millionen Mark der Hauptfinanzier der Hitlerpartei gewesen ist, erhalten trotz der vom Braunen Haus und dem Konzern verbreiteten Dementis durch folgenden Vorgang ihre indirekte Bestätigung:

Am 21. November erschien einer der Direktoren des Gerling-Konzerns in der Redaktion des "Tagebuch" und verlangte einen Widerruf der Nachricht. Die Redaktion erklärte, sie könne sich hierzu nur dann herbeilassen, wenn die verantwortlichen Mitglieder des Volldirektoriums des Gerling-Konzerns vor einem Notar die eidesstattliche Versicherung abgeben, dass ihr Konzern niemals direkt oder indirekt der NSDAP erhebliche Geldmittel zugeleitet habe. Mit dieser Bedingung war der verhandelnde Direktor einverstanden. Er leitete den Wortlaut der eidesstattlichen Versicherung sofort der Zentrale des Gerling-Konzerns in Köln zu. Diese liess sich aber bis zum 2. Dezember Zeit und beschränkte sich dann unter gleichem Datum auf die erstaunliche und vielseitige Mitteilung, dass sie die verlangte eidesstattliche Versicherung nicht abgeben werde, obwohl sie nach wie vor ein Interesse an der Richtigstellung der Nachricht habe.

-----

SPD. Brüssel, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident de Broqueville verlas am Donnerstag in der Kammer die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. Sie ist ausserordentlich farblos und unbestimmt, lässt aber deutlich durchblicken, dass die Regierung die Absicht hat, der wachsenden Finanzschwierigkeiten hauptsächlich durch weitere Belastungen der breiten Massen Herr zu werden.

In der Regierungserklärung heisst es, die Regierung werde dafür Sorge tragen, dass die Steuergesetzgebung nicht das Mittel zur Vernichtung oder zur Nivellierung von Vermögen werde und dass Belgien durch Stabilität und Sicherheit auch weiterhin fremdes Kapital anziehen könne. Im übrigen solle versucht werden, die schwebende Schuld zu konsolidieren und neue Staatsanleihen aufzulegen. Mit grösster Beschleunigung sollen eine Reihe neuer Steuern durchgeführt werden. Ueber ihrer Natur sagte der Ministerpräsident jedoch nicht. Bezeichnend war ferner die Ankündigung von Gesetzesmassnahmen gegen revolutionäre Umtriebe und gegen Beleidigungen der Nationalflagge und patriotischer Wahrzeichen.

Im Namen der sozialistischen Partei kündigte Vandervelde der Regierung die schärfste Opposition an. In der Regierungserklärung stehe kein Wort von den Arbeitslosen, die in immer grösseren Scharen die Städte und die Industriegebiete füllten, nichts von den Bezügen der Invaliden. Zum Missbrauch der Religion zu Parteizwecken solle sich nun die Verfolgung durch Polizei und Gendarmerie gesellen. Die Arbeiterklasse, die sich nicht vor dem Krummstab der Bischöfe gebeugt habe, werde sich auch nicht durch die Säbel der Gendarmen zwingen lassen. Die schwebende Schuld habe eine Höhe von  $3\frac{1}{2}$  Milliarden Francs erreicht. Anleihen bekäme die Regierung nur noch zu Wucherzinsen, die das Ansehen des Staates zerstörten. Dennoch weigere sich die Regierung, die Massnahmen zu ergreifen, die allein geeignet wären, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Dazu gehöre vor allem eine massive Verringerung der Heeresausgaben. Das könnte erreicht werden, wenn Belgien unter Umständen auch ganz allein den Abrüstungsvorschlag Hoovers anerkenne, durch den die Kriegslasten des Landes mit einem Schlag um ein Drittel verringert werden könnten.

-----

SPD. Die schweren Sorgen der Sowjetregierung um die Ernährung der hungernden Massen in den Städten und Industriegebieten, haben zu einer Umstellung des Ablieferungszwanges und der Verteilung geführt.

In zwei von Stalin und Molotow unterzeichneten Notverordnungen wird die Ablieferung von Milch und der Milchproduktion neu geregelt. Das bisherige Vertragssystem zwischen Staat und Landwirtschaft ist aufgehoben. Es wird ersetzt durch eine vom Staat bestimmte Ablieferungsziffer für jede vorhandene Kuh. Auch die Preise sind staatlich festgesetzt. Einzelbauern haben durchschnittlich 25 % mehr Ertrag abzuliefern als die Kollektivgüter, wobei die verschiedenen Gegenden und Voraussetzungen für Vieh und Produktion berücksichtigt werden. Der Verpflegung der Städte und Industriezentren soll die Naturalabgabe zugrunde gelegt werden.

Die zweite Verordnung gilt der Verteilung der Lebensmittel. Das Kartensystem wird dahin geändert, dass die Fabrikleitungen die Verteilung für die Arbeiter übernehmen, um gleichzeitig besser auf die Arbeitsdisziplin einwirken zu können.

Beide Verordnungen sind eine Verschärfung des zwangswirtschaftlichen Kurses. Ausdrücklich wird die Bevölkerung vor dem Optimismus gewarnt, dass die Verpflegungskontingente vergrößert würden. Das Gegenteil sei der Fall.

-----  
SPD. Paris, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Paul Boncour stellte sich am Donnerstag-Nachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung, deren Wortlaut in einem am Vormittag stattgefundenen Ministerrat festgelegt worden war. Die Abgeordnetenbänke und Tribünen waren stark besetzt.

Die wichtigsten Stellen der ziemlich umfangreichen Regierungserklärung lauten: "Die Regierung verhehlt sich keineswegs die Schwierigkeiten, unter denen sie zu kämpfen haben wird. Unter ausserordentlich heiklen Umständen war eine Ministerkrise ausgebrochen. Weder das Prestige des gestürzten Ministerpräsidenten noch die Politik, die er vertrat, sind in irgendeiner Weise berührt worden. (Beifall links). Ein vielleicht übertriebener aber sehr ehrenwerter Gewissenszweifel liess es dem Ministerpräsidenten jedoch als unmöglich erscheinen, dem Wunsche aller derer nachzukommen, die ihn wieder in der Leitung der Staatsgeschäfte sehen wollten. Wie der Präsident der Republik sind der neue Regierungschef und seine Mitarbeiter der Meinung gewesen, dass über eine ernste aber vorübergehende Meinungsverschiedenheit hinweg die aus den Wahlen hervorgegangene Mehrheit die Pflicht hätte, dem die Stirn zu bieten, was das Interesse des Landes verlangt. (Beifall links). Die Zusammensetzung unseres Ministeriums legt Zeugnis von unserem Willen nach Kontinuität ab. Diese Kontinuität ist nicht nur eine berechtigte und herzliche Huldigung für das Werk des Ministerpräsidenten Herriot; sie erscheint uns auch als notwendig, um die Autorität der Minister über die Dienststellen, die sie zu verwalten haben, aufrechtzuerhalten. Die Wiederherstellung der Staatsautorität in einer Demokratie, die der Ausdruck des Volkswillens ist, wird eine unserer Richtlinien, der erste und wesentlichste Artikel unseres Programms sein. (Beifall auf allen Bänken). Wir werden, wenn uns Zeit gelassen wird und trotz aller Kämpfe, die wir bestehen müssen, die kühnen Reformen durchführen, für die uns die Wähler gewählt haben. (Grosser Beifall links). Zunächst müssen die Finanzen saniert, muss das Defizit beseitigt und der durch das Missverhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und den Erträgen der Unternehmungen in Bruch gegangene Ausgleich des Budgets wieder hergestellt werden. Energische Einsparungen sind notwendig und unvermeidlich. Alle Länder, die leben wollen, haben sie durchgeführt. Die Methode und die Höhe dieser Einsparungen werden wir später bekanntgeben. Für dieses Werk werden wir getreu unseren Grundsätzen an die

Mitarbeit der Parlamentsausschüsse und auch an die betreffenden Personen selbst, d.h. an die Beamten und Kriegsteilnehmer appellieren. Denn wir erklären sofort, dass wir ausser gemeinsamen Opfern, die alle Bürger bringen müssen, ständige Ersparnisse nur in der Reorganisation der Verwaltung, in der Abschaffung der unnützen Beamtenstellen und in der Vereinfachung des Mechanismus finden. Für den Augenblick werden wir nur ein provisorisches Budget für den Monat Januar verlangen. Dann werden wir in ein zweites Monatsbudget, um unsere Pflicht mehr als um unsere Dauer besorgt und entschlossen, unsere Existenz für die Annahme der Massnahmen aufs Spiel zu setzen, die uns als heilbringend erscheinen werden, einen wesentlichen Teil dieser Massnahmen einsetzen, die sicherlich hinreichen, damit sie sich ein Urteil darüber bilden können, ob sie der Kühnheit entsprechen, die sie und das Land von uns zu verlangen berechtigt sind.

Die zweite unserer wesentlichen Aufgaben ist die Regelung der Kriegsschulden. Mit derselben Offenheit sind wir der Ansicht, dass die Umstände und die Kompliziertheit der gegenwärtigen politischen Lage in Amerika uns bestimmen, die Verhandlungen mit einer äussersten Vorsicht zu führen. Ihre Richtung wird durch das Votum der Kammer von 12. Dezember angegeben. Seit diesem Votum, das sofort der amerikanischen Regierung mitgeteilt worden ist, ist glücklicherweise ein Kontakt mit Amerika aufrechterhalten worden, und wir sind dankbar dafür, dass in Washington ernsthafte Anstrengungen unternommen worden sind, um die Schwierigkeiten beizulegen. Wir werden die Verhandlungen mit dem festen Willen führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die der Unordnung ein Ende macht, die die Lasten der Regierungsschulden für die allgemeine wirtschaftliche Gesundung nach sich zieht. Zu gleicher Zeit, in vollem Einvernehmen mit den Staaten, mit denen Frankreich durch Bande verknüpft ist, die auf gemeinsamen Bestrebungen ruhen, ohne Hintergedanken gegenüber dritten Mächten, im Bewusstsein der wirksamen Freundschaft unserer englischen Nachbarn sowie in dem Wunsch, jede Schwierigkeiten beizulegen, werden wir uns bemühen, andere internationale Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Von ihnen hängt zum grossen Teil die Lösung der Krise ab. Denn diese Krise ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer Art, und sie ist auf die internationale Beunruhigung, auf die Missverständnisse und Rivalitäten zwischen den Völkern zurückzuführen.

Die vorige Regierung hat sich mit Erfolg darum bemüht, die Abrüstungskonferenz von der Ungewissheit und der Langsamkeit zu befreien, an denen sie zu scheitern drohte. Wir werden diese Arbeit fortsetzen. Ein konstruktiver Plan, der in präziser Form die notwendige Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit herstellt und sich nicht eines dieser Ausdrücke bedient, um den anderen zu beseitigen oder auf die lange Bank zu schieben, ist eingebracht worden. Wir werden ihn verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis ist bereits erzielt: die Rückkehr eines grossen Staates zur Konferenz, dessen Gegenwart notwendig ist, um den zu vereinbarnden Abkommen, den Garantien und der Kontrolle, die seine Folge sein müssen, ihre volle Wirksamkeit zu geben. Wir werden darüber wachen, dass man nicht aus der loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung in der Gleichheit der Pflichten und in einer positiven Organisation der internationalen, zum mindesten europäischen Sicherheit Folgerungen zieht, die auf eine mit den Zielen der Konferenz und den Friedensverträgen nicht zu vereinbarende Wiederaufrüstung gerichtet sein würden." (Grosser Beifall links).

Ueber die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heisst es in der Regierungserklärung: "Wir werden das von dem Arbeitsminister schon vollbrachte Werk weiter ausbauen, um in wirksamster Weise die unschuldigen Opfer zu unterstützen, die das Recht hatten, von ihrer Arbeit zu leben, und die infolgedessen auch das Recht haben, an die Solidarität der Nation zu appellieren. Zu gleicher Zeit werden wir uns um die Prüfung der Mittel kümmern, die eine

bessere Verteilung der Arbeit erlauben und die Wirkungen einer Krise ab-  
schwächen, die die Entwicklung des Maschinismus zu verlängern droht, wenn  
die Organisation der Arbeit nicht der Technik der Produktion angepasst wird.  
Diese Mittel müssen nach unserer Ansicht auf internationalem Gebiet gesucht  
werden. Wir werden der vorbereitenden Konferenz, die im Januar in Genf statt-  
findet, unsere kräftige Mitarbeit gewähren. Wir sind andererseits davon über-  
zeugt, dass es für die Organisation und Rationalisierung der Produktion unter  
Achtung der Rechte aller dringend notwendig ist, Kollektivverträge auszuar-  
beiten, die geeignet sind den allgemeinen Interessen zu dienen, und dem Lan-  
deswirtschaftsrat den Platz einzuräumen, den er in der Wirtschaft haben muss.  
Wir werden natürlich an keines der Gesetze rühren, die der Welt der Arbeit  
eine grössere Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit verschaffen. Eben-  
so werden wir fortfahren, durch eine Gleichberechtigung beim Unterricht allen  
Kindern des Volkes die unbegrenzten Möglichkeiten des Wissens zu eröffnen.  
Dieses sind unsere unmittelbaren Ziele. Wir bitten heute um ihr Vertrauen.

Die Regierungserklärung wurde bei den Radikalen und Sozialisten mit  
Beifall aufgenommen. Die Kammer trat sofort in die Debatte ein.

-----

SPD. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, machte am  
Donnerstag vor der Presse einige Mitteilungen über das Sofortprogramm für  
Arbeitsbeschaffung, für das im Rahmen der vom Reichsbankpräsidenten in München  
zugestandenen Kreditausweitung von insgesamt 2,7 Milliarden Mark etwa 500  
Millionen eingesetzt werden.

Die Organisation soll möglichst dezentralisiert gehalten werden. Die  
Kreditvermittlungsstellen sind die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Ar-  
beiten und die Rentenbankkreditanstalt.

Die Sorgen vor Fehlinvestitionen, betonte der Reichskommissar, seien  
im Rahmen der Arbeitsbeschaffung unbegründet. Im wesentlichen handele es  
sich um die Vollendung liegen gebliebener Arbeiten, die im normalen Zeiten  
längst ausgeführt worden wären.

Im Rah, en des Sofort=Programms werden 50 Millionen Mark zur Verbilligung  
von Hausreparaturen zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Reparaturfonds  
können Arbeiten im Werte von 250 Millionen Mark durchgeführt werden. Schon  
die Regierung Papen hatte 50 Millionen zur Verbilligung von Hausreparaturen  
ausgeworfen. Die Summe wurde in kurzer Zeit verbraucht. Mit dem Hausreparatur=  
fonds hat man im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Notwendig ist jedoch  
eine Aenderung der Richtlinien. Die bisherigen Richtlinien machten es dem  
kleinen Hausbesitzer schwer, in den Genuss der Staatshilfe zu kommen. No ger-  
scheint notwendig, auch schon bei geringem Aufwand von Reparaturen Zuschüsse  
zu zahlen.

-----

Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören

Freitag= Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Glossen

## ERSCHEINUNG NACHBEDARF

### Schindluder mit der Not.

SPD. Es schreit zum Himmel, wie die Kommunisten Schindluder mit der Not treiben! Ihre Parole heisst: Wir wollen eine Verschärfung der Krise! Sie wollen Verzweiflungsausbrüche anstelle des organisierten Kampfes, sie wollen nicht helfen, sie sabotieren vielmehr die Hilfe. An allen Ecken und Enden wird von ihnen das gleiche frevelhafte Spiel mit der Not getrieben, empörende Fälle des Verrats an den Interessen der Notleidenden und des Missbrauches des Elends werden von überallher bekannt! Es ist erbärmlich genug, was im Interesse der Erwerbslosen den Regierungen abgerungen werden kann, aber dies Wenige ist anscheinend den Kommunisten noch zuviel! Wir verzeichnen einige der charakteristischsten Fälle der letzten Tage!

In Dresden wird eine systematische kommunistische Hetze gegen den sozialdemokratischen Dezernenten der Erwerbslosenspeisung betrieben. An der Einrichtung und ihrem Funktionieren ist nichts auszusetzen. Aber die kommunistische Hetze muss um jeden Preis etwas finden, was gegen den Sozialdemokraten ausgenutzt werden kann. Die Ausgabe des Essens erfolgte in der Zeit von  $\frac{1}{2}$  12 -  $\frac{1}{2}$  3 Uhr mittags. Das wird zum Ausgangspunkt der kommunistischen Hetze. Es ist unerhört, so schreiben die Kommunisten, bis 11 Uhr müssen die Erwerbslosen hungern! Ein grosser Propagandaapparat von Handzetteln und Flugblättern wird aufgeboten - Wieviel Erwerbslose hätten für das, was die Hetze kostet, Essen erhalten können? Die KPD. ruft die Erwerbslosen zum Essensstreik auf. Nehmt das Essen zwischen  $\frac{1}{2}$  12 und  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nicht an, so gibt sie die Parole aus. Traurig genug, sie hat unter den Erwerbslosen Dumme gefunden. An einem Tage musste die Dresdner Erwerbslosenhilfe neunzig Pfund zurechtgemachten Fisch wegwerfen! Die Verhetzten der KPD. angehörenden Erwerbslosen schoben Kohldampf, ihre Mägen knurrten, aber die kommunistischen Hetzer lachen sich ins Fäustchen. Wer ist schuld an den knurrenden Mägen? Natürlich die SPD! Es ist ja auch eine Zumutung an kommunistische Erwerbslose, dass sie ausge-rechnet in den Mittagsstunden essen sollen...

+

In einem Leipziger Vorort verlangten die Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung, dass die Gemeindeverordneten auf ihre Aufwandsentschädigung zugunsten der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger verzichten sollten. Bei dieser Gelegenheit hielt der kommunistische Vertreter die folgende grundsätzliche Rede:

"Es kommt uns überhaupt nicht darauf an, ob die Fürsorgeempfänger ein oder zwei Mark mehr bekommen; wir müssen Revolution machen und zwar im Weltmassstab gesehen, nicht die lumpigen Mark brauchen wir, revolutionären Geist müssen wir erzeugen."

Die lumpigen Mark! Der Mann würde sich schön wundern, wenn er selbst die lumpigen Mark nicht hätte und sich von weltrevolutionären Illusionen ernähren sollte!

+

In Waldeck war die Direktion des Mauserwerkes mit einem Vorschlag an den Arbeiterrat herangetreten. Die Belegschaft sollte an einem Sonnabend fünf Stunden für eine Nothilfe arbeiten. Der Wert des Arbeitslohnes sollte zur Unterstützung besonders notleidender oder arbeitsloser Werksangehöriger verwendet werden. Die Firma erklärte sich bereit, zu diesem Betrage das Doppelte von sich aus hinzulegen. Der gesamte Betrag sollte dann dem Arbeiterrat

zu uneingeschränkter Verwendung übergeben werden. Getreu der Parole: wir wollen eine Verschärfung des Elends boten die Kommunisten in der Betriebsversammlung alles auf, um eine Mehrheit gegen den Vorschlag zustande zu bringen. Es gelang ihnen. Ein ansehnlicher Betrag zur Bekämpfung der Not, eine ganz anständige Winterhilfe für ihre erwerbslosen Kollegen ist von ihnen sabotiert worden. Die Erwerbslosen, denen diese Sonderhilfe zgedacht war, können statt dessen nun zu Weihnachten kommunistische Flugblätter kochen!

+

Aber im Hetzen, Spalten, Verleunden, in der Dolchstosspolitik gegen die Interessen der Arbeiterschaft sind sie gross! In Zwickau in Sachsen hielten im Bezirkstag die Sozialdemokraten Abrechnung mit dem junckerlichen Amtshauptmann v. Römer, der durch ein Diktat die Unterstützungssätze grausam beschnitten hatte. Die Sozialdemokratische Fraktion erzwang die Einberufung des Bezirkstages. Sie führte den Kampf gegen den reaktionären Amtshauptmann. Sie legte einen Antrag vor, dass die verordnete Unterstützungskürzung sofort aufzuheben sei. Die Kommunisten im Bezirkstag aber fielen über die Sozialdemokratische Fraktion her, sie beschimpften sie und verleumdeten sie nach der Parole: die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind, die Sozialdemokratie ist an allem schuld. Das Schauspiel war so widerwärtig, die Verlogenheit so offenkündig, dass auf den Tribünen, auf denen auch zahlreiche Kommunisten sassen, sich laute Entrüstung über diese verräterische Haltung regte!

In Gross-Röda in Thüringen trat der bei den letzten Gemeindewahlen neu gewählte Gemeinderat am 18. Dezember zusammen. Er setzt sich zusammen aus vier Sozialdemokraten, vier Bürgerlichen und einem Kommunisten, der sich Vertreter der sogenannten roten Arbeiterliste nennt. Der Gemeinderat nahm die Wiederwahl der Gemeinderäte vor. Und siehe da: die vier Bürgerlichen und der eine Kommunist bildeten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Es wurde mit der kommunistischen Stimme ein Bürgerlicher zum ersten Beigeordneten und dann mit den bürgerlichen Stimmen ein Kommunist zum zweiten Beigeordneten gewählt. Bisher haben die Kommunisten immer hinten herum die Geschäfte der Bürgerlichen besorgt, jetzt tun sie es ganz offen!

Wie lange will sich die Arbeiterschaft noch gefallen lassen, dass die Kommunisten derart auf allen Gebieten Schindluder mit ihren Interessen treiben?

### Brutstätten der Reaktion.

---

Der reaktionäre Kurs in Preussen geht nach dem Wechsel des Reichskabinetts unentwegt weiter. Der Reichskommissar für das Kultusministerium, der Professor Kähler aus Greifswald, ist ein deutschnationaler stockkonservativer Mann. Ganz still und leise bemüht sich dieser Mann, in den Spuren des Herrn Frick zu wandeln. Er hat angeordnet, dass die Schulstrafen, die gegen Schüler höherer Schulen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Führerbund verhängt worden sind, aufgehoben werden. Von der Anstalt verwiesene Schüler sollen nach diesem Erlass wieder ohne weiteres in ihre alten Klassen aufgenommen werden. Das bedeutet, dass die von den Anstalten verwiesenen Revolverhelden und ähnliche Burschen vom Ministerium gerechtfertigt, ja, geradezu belohnt werden. Man kann sich vorstellen, mit welchem Nimbus diese Burschen umgeben sein werden und welche klägliche Rolle die Lehrerschaft spielen muss, die diese Burschen gerechterweise hinausgeworfen hat! Die höheren Schulen werden nun erst recht mit amtlicher Förderung Brutstätten der Reaktion werden!

# Aus aller Welt

## Die Amnestierten.

Aus dem Gefängnis zur Wohlfahrt - Die Tore öffnen sich - die Berliner Entlassungen.

SPD. In den Berliner Strafanstalten geht die Hoffnung um. Tausende warten auf ihre Entlassung - aber die geringe Zahl der Gefängnisbeamten und die Vielfalt der zu erfüllenden Formalitäten lassen den Menschenstrom, der sich in die Freiheit ergiessen will, nicht zu breit werden. In vielen Fällen müssen erst durch die Staatsanwaltschaft die Voraussetzungen für die Anwendung der Amnestie geprüft werden; hierbei ist öfters ein Studium der Vorstrafenregister notwendig. Gesamtstrafen werden in ihre ursprünglichen Bestandteile zerlegt; es wird festgestellt, für welches Delikt die bisher verbüsste Strafe gilt. Alles das braucht seine Zeit: man kommt leichter hinein ins Gefängnis als heraus. Guter Wille ist da auf beiden Seiten notwendig.

Draussen vor den Toren warten zahllose Angehörige von Strafgefangenen. Sobald ein "Ehemaliger" hinter sich die Tür schliesst, ans "neue Leben" denkt, das jetzt anfangen soll, und die ersten Atemzüge ausserhalb der Mauern einschlürft, stürzen die Frauen auf ihn zu: "Hamse nich den Müller je sehn, So'n kleenen schlanken? Isser schon raus? Wann komtern raus?" Dann wandern die Gedanken des Gefragten zurück - aber er kennt den Müller nicht, er weiss nichts von seinem Schicksal, und die Mutter, die Braut, warten weiter, fragen weiter, den nächsten, alle nächsten, alle, stundenlang....

Bis Donnerstag mittag um 12 Uhr sind aus den Berliner Strafanstalten insgesamt 150 Gefangene entlassen worden, 42 aus dem Untersuchungsgefängnis, 44 aus Tegel, 40 aus Plötzensee, 20 aus dem Zellengefängnis Moabit, vier aus dem Frauengefängnis in der Barnimstrasse. Unter den vier entlassenen Frauen ist die frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Mildenberg, die, während des Berliner Bolle-Streiks "auf frischer Tat ertappt", wegen schweren Landfriedensbruchs zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Insgesamt sind im Berliner Gerichtsbezirk 200 politische Strafgefangene inhaftiert, sie alle werden spätestens im Laufe des Freitag freigelassen werden.

Jeder Strafgefangene muss vor seiner Haftentlassung durch Unterschrift bestätigen: 1. dass er die Amnestie anerkennt; 2) dass er die wenige Habe, die er bei seiner Einlieferung ins Gefängnis mitbrachte, ordnungsgemäss zurückgehalten hat; 3) dass er den ihm zustehenden "Arbeitslohn", also den geringen materiellen Gegenwert für die im Gefängnis geleistete Tätigkeit ausbezahlt bekam. Es handelt sich da gewiss nicht um übermässig hohe Beträge; wir machen eine Stichprobe: ein entlassener Fahrraddieb, der wiederholt aus wirtschaftlicher Not straffällig geworden und deshalb zuletzt zu einer grösseren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, bekommt nach neunmonatiger Gefängnisarbeit 26,50 Mark ausgezahlt. Der Reporter fragt ihn bei einer Molle Bier: "Und was fängst Du jetzt an?" Die Antwort: "Ueber Weihnachten habe ich ja nun noch zum Leben; dann will ich mich an die Wohlfahrt wenden. Da bekomme ich wahrscheinlich als jugendlicher Erwerbsloser sechs

Mark die Woche. Ich hab den festen Willen, nun nicht wieder zu kauen; hoffentlich geht's..."

Alle diejenigen, die vor ihrer Verurteilung in fester Stellung waren, haben es jetzt recht schwer. Ihr Arbeitsplatz dürfte in den meisten Fällen längst von einem andern besetzt worden sein; mit Wiedereinstellung können sie kaum rechnen. Arbeitslosenunterstützung bekommen sie aber erst sechs Wochen nach ihrer Haftentlassung zum erstenmal ausgezahlt; solange dauert die Sperrfrist. Inzwischen werden sie vom Wohlfahrtsamt unterstützt. Hinsichtlich der Unterstützung bekommen diejenigen Straftatlassenen, die schon vor ihrer Straftat Erwerbslosenunterstützung bezogen, die Unterstützung nach der Entlassung fortbezahlt. Der Anspruch auf Unterstützung erlischt nur dann, wenn die Straftat länger als drei Jahre gedauert hat.

Straftatlassenen, die aus wirtschaftlicher Not nur geringe Strafen zu verbüssen hatten, will die "Gefangenenfürsorge" helfen. Wer eine Schlafstelle gefunden hat, soll Mietgeld bekommen; über die Feiertage werden auch Essmarken und Bargeld ausgegeben. Hingegen fehlt es sehr an warmer Kleidung - die Strafgefangenen sind also an der Fortdauer des verhältnismässig milden Winterwetters sehr interessiert.

Auf den einzelnen Berliner Wohlfahrtsämtern macht sich der Zustrom aus den Strafanstalten deutlich bemerkbar. Eine Stichprobe: auf dem Wohlfahrtsamt am Leopoldplatz (Berlin N.) waren von 15 Antragstellern, die gegen elf Uhr vormittags von einem einzigen Expedienten abgefertigt werden wollten, 12 Straftatlassene. Jeder muss, bevor er in die ungeheure Apparatur eingereicht wird, seinen Entlassungsschein aus dem Gefängnis vorzeigen und angeben, wie viel er im Gefängnis in bar ausgezahlt erhalten hat. Willig geben alle Auskunft; aber was wird mit ihnen, wenn die Auskunft in den Akten steht? Wie sie wieder hinaustreten auf die Strasse, da können sie nur bitter lächeln, sie kennen das Leben, dieses Leben zu Weihnachten 1932... und sie kennen diese Strasse ohne Ende....

+ + +

Polizeichef als Schmuggler! In dem polnisch-deutschen Grenzort Lissa verhafteten Beamte der politischen Polizei den Kommandanten der dort stationierten Grenzpolizei: Lesniewski, ausserdem einige Aerzte des Krankenhauses in Rawicz. Die Verhafteten sollen grosse Mengen Rauschgift aus Deutschland nach Polen geschmuggelt haben; ausserdem soll Lesniewski in einen umfangreichen Getreideschmuggel verwickelt sein.

+ + +

Der unvollkommene Hellscher. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde am Donnerstag eine Klage verhandelt, die der bekannte Hellscher Erik Jahn Hanussen gegen den verantwortlichen Redakteur der Berliner Tageszeitung angestrengt hatte. Nach längeren Debatten nahm der Antragsteller die Klage zurück.

Hanussen war in der beklagten Tageszeitung einer gewissen Mitschuld an dem Tode des Fürsten Lobkowitz, der bei dem Frühjahrs-Autorennen auf der Berliner Avus-Bahn ums Leben kam, bezichtigt worden. Hanussen hatte nämlich vor Beginn des Rennens erklärt, dass der für das Rennen festgesetzte Tag für den Fürsten Lobkowitz kritisch sei. Die beklagte Zeitung wollte nun erfahren haben, dass der Rennfahrer, dem diese Aeusserung Hanussens zu Ohren gekommen sein soll, durch die Voraussage nervös und unsicher geworden sei.

Nachdem vor Gericht der inkriminierte Artikel, in dem der in der Tat sehr sehr umstrittene Hellscher Hanussen "Schwindler, Nepper und Betrüger" genannt wurde, zur Verlesung gebracht worden war, erklärte der beklagte Redakteur zum allgemeinen Erstaunen: "Ich bin für den Artikel überhaupt nicht verantwortlich. Wir überreichen dem Gericht ein vollständiges Exekutives des in Frage kommenden Blattes, aus dem hervorgeht, dass jemand anders verant-

wortlich zeichnete." Hanussens Anwalt: "Wir haben von dieser Nummer kein ganzes Exemplar mehr bekommen und deshalb nicht feststellen können, wer der verantwortliche Redakteur war." Verteidiger: "Wir haben absichtlich die Klage laufen lassen, denn wenn Hanussen wirklich hellsehen könnte, müsste er doch auch wissen, dass nicht der Angeklagte der verantwortliche Redakteur ist." (Grosse Heiterkeit.)

**Do X-Pläne.** Im April nächsten Jahres soll das Flugboot Do X, das augenblicklich in seiner Heimatwerft Altenrhein am Bodensee gründlich überprüft wird, wieder in Dienst gestellt werden. Zunächst sind einige Schweizflüge geplant; anschliessend soll das Flugboot bei der Einweihung der grossen Essener Ruhrtalsperre auf dem Stausee jenes Werkes landen. Im Mai ist ein Nordlandflug, für den Sommer eine Reise nach England vorgesehen.

**"Felseneck"-Amnestie.** Im Berliner Felseneckprozess verkündete nach 11-monatiger Dauer Landgerichtsdirektor Böhmert am Donnerstag folgendes Urteil: "Die Angeklagten Becker und Schön werden wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüsst sind. Der Angeklagte Kaiser wird von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Im übrigen wird das Verfahren gegen alle Angeklagten auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt."

Der Vorsitzende führte in der Begründung aus, dass eine ganze Reihe schwerwiegender Verdachtsmomente für Totschlag, der bekanntlich nicht unter die Amnestie fällt, gesprochen hätten. Es stehe aber doch nicht fest, wer in der Nacht vom 18. zum 19. Januar in der Berliner Kolonie "Felseneck" die Schüsse, durch die ein Kommunist und ein Nationalsozialist ums Leben kamen, abgegeben habe. Das Gericht hätte aber auch nicht auf gemeinsamen Totschlag erkennen können. Der verhängnisvolle Zusammenstoss habe mit grossem Unfug angefangen, als SA-Leute Steine gegen Laubenkolonisten warfen. Später habe dann der Angeklagte Adam einen Schuss in die Luft abgegeben; diesen Vorfall habe das Gericht als den zweiten Unfug betrachtet. Die anschliessenden Vorgänge seien nicht restlos aufgeklärt.

Das Gericht hat mit seinem Urteil zweifellos mehr Einsicht gezeigt als der Staatsanwalt, der seine sehr hohen Strafanträge über 90 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Gefängnis so stellte, dass die angeklagten Nationalsozialisten auch im Falle ihrer Verurteilung amnestiert worden wären, während die kommunistischen Angeklagten wegen Totschlags auf 5, 6 und sogar 8 Jahre ins Zuchthaus hätten wandern sollen. Ein Urteil, das diesem Strafantrag entsprochen hätte, würde zu dem eigentlichen Tatbestand in keiner Weise passen: allem Anschein nach sind die SA-Männer, die in provozierender Weise durch die kommunistische Kolonie zogen, die Angreifer gewesen, während die kommunistischen Angeklagten ihre Wohnstätten gegen einen Ueberfall verteidigen zu müssen glaubten.

**Juwelendiebstähle.** In einer der belebtesten Geschäftsstrassen Hannovers warf am Donnerstag mittag ein unbekannter Täter das Schaufenster eines Juweliers mit einem Stein ein und entwendete aus der Fensterauslage eine grosse Tafel mit 48 Brillantringen im Werte von 20 000 Mark. Der Einbrecher sprang unbehelligt in einen bereitstehenden Wagen und sauste im schnellsten Tempo davon.

Aus der Villa eines Berliner Grosskaufmanns stahlen Banditen eine Holzplatte, die für 50 000 Mark Schmucksachen enthielt. Auch hier sind die Verbrecher entkommen.



## Ein Arbeitszeitskandal.

Arbeitszeiten von 100 Stunden im Gesundheitswesen. - Der Arbeitsminister will die Arbeitszeit verkürzen. - Die nachgeordneten Stellen pfeifen auf seine Forderung.

SPD. In einer Zeit, wo um die Vierzigstundenwoche gekämpft wird, gibt es in den Betrieben des Gesundheitswesens zum Teil noch Arbeitszeiten von weit über 100 Stunden pro Woche. Seit langem kämpft der Gesamtverband durch seine Reichssektion Gesundheitswesen gegen diesen Arbeitszeitskandal. Im Frühjahr dieses Jahres wurde von der Reichssektion ein neuer Vorstoß gegen diesen Skandal unternommen. Sie hat dem Reichstag und dem Reichsarbeitsministerium eine Aufstellung übermittelt, in der die Dienstzeiten jeder einzelnen Kranken-Anstalt genau aufgeführt und die verantwortlichen Stellen von neuem um Abhilfe ersucht wurden. Der Vorstoß des Gesamtverbandes hatte, zunächst wenigstens, einen gewissen Erfolg.

Unter dem Druck der Arbeitsmarktlage hat sich der Reichsarbeitsminister Schäffer, wohlgerne der Reichsarbeitsminister der verfloranten Papenregierung, dazu aufgerufen, der Arbeitszeitverkürzungsforderung der Gewerkschaften wenigstens auf dem Gebiet des Gesundheitswesens entgegenzukommen. Er brachte in einem von ihm an die zuständigen Ministerien des Reichs und Preussens gerichteten Schreiben mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck, dass die von den Gewerkschaften erhobenen Beschwerden über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten berechtigt seien und Abhilfe geschaffen werden müsse. Bei aller Würdigung der Geldlage der Provinzialverwaltungen und Gemeinden müsse berücksichtigt werden, dass die Verordnung über Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten vom Jahre 1924 schon weitgehend auf die Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse in diesen Anstalten Rücksicht nehme, indem die 60-Stundenwoche als Höchst-arbeitszeit anstelle der für die übrigen Arbeitnehmer grundsätzlich geltenden 48-Stundenwoche vorgesehen worden sei. Es müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass die 60-Stundenwoche nun nicht auch noch überschritten werde. Zu starke Personaleinsparungen könnten sich in der Folge als falsche Sparsamkeit erweisen. Ständig überreizte Personen würden frühzeitig erwerbsunfähig und verursachen dann vorzeitig Ruhegeldkosten. Längere Dienstzeiten der beamteten und karitativ tätigen Personen seien auch deshalb bedenklich, weil sie einen Anreiz dazu bieten könnten, die im freien Arbeitsverhältnis tätigen Krankenpflegepersonen aus ihren Stellen zu verdrängen. Es müsse eine Kürzung der übermäßig langen Dienstzeiten vorgenommen werden, weil dadurch die erwünschte Wirkung der Neueinstellung einer gewissen Anzahl von Pflegepersonen und damit eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten würde.

Der Reichsarbeitsminister trat also für Arbeitszeitverkürzung ein. Was geschah aber? Bei den nachgeordneten Stellen ist jedes Eingehen auf die Wünsche des Reichsarbeitsministeriums nicht nur unterblieben, ja man hat häufig gerade das Gegenteil von dem getan, was der Minister empfohlen hat. Wenn der Minister etwas anordnet, was sich gegen die Arbeiterschaft richtet, dann sind - so stellt der Gesamtverband voll Bitterkeit fest -

die Landes-, Kreis-, Provinzial-, und Gemeindeverwaltungen stets gehorsame Diener. Dann wird, vielfach mit unerhörter Rücksichtslosigkeit, wenn nicht gar mit Brutalität, jeder Wink von oben befolgt. Will aber wirklich einmal ein Minister etwas für die Arbeiter tun, dann streiken weiter unten die massgebenden Stellen.

Die Arbeitszeit ist ein tieftrauriges Kapitel.

-----

SPD. Der Streik in der Delmenhorster Kammgarnspinnerei ist beendet. Die Betriebsleitung hatte den Ringspinnerinnen und Zwirnerinnen vor einigen Tagen gekündigt und dabei bekannt gegeben, dass die von den einzelnen Arbeiterinnen zu bedienende Spindelzahl erhöht, der Gang der Maschinen jedoch verlangsamt werde. Das Vorgehen der Betriebsleitung führte dazu, dass die in der zweiten Schicht beschäftigten Zwirnerinnen und Ringspinnerinnen in Streik traten, wodurch auch andere Betriebsabteilungen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Durch Verhandlungen der zuständigen Verbandsvertretung mit der Firma gelang es, verschiedene Streikpunkte zu klären und auch die Wiedereinstellung der Entlassenen sicherzustellen. Für die Mehrbedienung von Spindeln soll bis zum 27. Dezember auf dem Verhandlungsweg eine Regelung erfolgen. Diesem Verhandlungsergebnis wurde am Donnerstag von der Betriebsversammlung zugestimmt, und im Anschluss daran wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Die Kommunistenpresse wollte den Streik benutzen, um die "reformistischen Gewerkschaften" wieder einmal herunterzureissen. Zu ihrer Beruhigung wollen wir ihr mitteilen, dass zum Glück für die Delmenhorster Arbeiter die RGO bei den Differenzen nichts zu melden hatte. Die Textilarbeiter-schaft hat nicht die geringste Sehnsucht nach den "Streiksiegen", die die RGO fabriziert und die Kommunistenpresse kolportiert. Die Textilarbeiter haben längst erkannt, dass diese kommunistischen "Streiksiege" für sie nie einen Vorteil gebracht haben und sich bei näherem Zusehen stets als Niederlage entpuppen.

-----

SPD. In der Schadenersatzklage, die der Arbeitgeberverband für die Eisenindustrie Nordwest gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband wegen des Arbeitskampfes anlässlich der Einführung des Oeynhausener Schiedsspruchs angestrengt hat, entschied nunmehr das Reichsarbeitsgericht, dass auf die Revision beider Parteien hin das landesarbeitsgerichtliche Urteil aufgehoben und der Rechtsstreit in die Vorinstanz zurückverwiesen wurde.

Das Reichsarbeitsgericht hat sich grundsätzlich der Auffassung der Gewerkschaften angeschlossen, dass der Arbeitskampf durch eine Aussperrung des Arbeitgeberverbandes in die Wege geleitet sei. Gegen diese Aussperrung durfte der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich zur Wehr setzen. Nur, wenn die Verteidigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Mass des Zulässigen überschritt, wäre hierin ein Verstoss gegen den Tarifvertrag zu erblicken. Das Reichsarbeitsgericht wünscht nähere Aufklärung, ob der Deutsche Metallarbeiter-Verband prinzipiell seine Funktionäre aufgefordert hat, keine Akkordvereinbarungen zu geminderten Sätzen mit den beteiligten Arbeitgebern abzuschliessen. Der Arbeitgeberverband könne jedoch höchstens für die Dauer von 14 Tagen Schadenersatz fordern, da die aussperrende Firma nach Ablauf von 14 Tagen durch Aufstellung neuer Kampfesforderungen das Kampffeld verschoben habe, und für die Fortführung des Arbeitskampfes die Gewerkschaft auf keinen Fall verantwortlich sei.

Ungeklärt ist ferner, ob nicht sogar die Aussperrung, die der Arbeitseberverband vorgenommen hat, an sich tarifwidrig gewesen ist. Das Reichsarbeitsgericht weist das Landesarbeitsgericht an, an Hand des konkreten Tarifvertrags zu prüfen, ob nicht zunächst 14 Tage nach Ausbruch des Arbeitskampfes die alten Tariflöhne und Akkordsätze weiter gezahlt werden müssen.

Wir sind auf den Ausgang des Rechtsstreits vor dem Landesarbeitsgericht Berlin gespannt.

-----

SPD. Für den sächsischen Steinkohlenbergbau wurde von dem Landes-schlichter in Leipzig über verschiedene Streitfragen aus dem Rahmentarif verhandelt. Für die Urlaubsfrage des kommenden Jahres erging ein Schieds-spruch, der die Zahlung eines Urlaubsgeldes in Höhe von 75 Prozent vor-sieht. Die Erklärungsfrist zu diesem Schiedsspruch läuft bis Ende Dezember.

-----

SPD. Die holländische Türenfabrik C. Bruynzeel u. Söhne in Zaandamm (Pro-vinz Nordholland) ging infolge lebhafterer Beschäftigung zur Vierzig-stundenwoche über. Zu gleicher Zeit hat sie den Stundenlohn von 73 auf 78 Cent pro Woche erhöht. Der Uebergang von der 48-Stundenwoche auf 40 Stun-den Wochenarbeitszeit ermöglicht die Wiedereinstellung einer ganzen Anzahl von Arbeitern, die früher wegen Arbeitsmangel entlassen werden mussten.

Die Direktion erklärte, sie halte die Verkürzung der Arbeitswoche für unerlässlich; die Verkürzung müsse sowohl national wie international erfolgen.

+

In England hat der Verkehrs- und Fabrikarbeiterverband mit einer Farben- und Tintenfabrik in Wolverhampton eine Vereinbarung über die Einführung der Vierzigstundenwoche getroffen. Die Fabrik hat ihren Betrieb völlig umge-stellt und ihre Arbeitsmethoden rationalisiert. Die Umstellung bedrohte eine grössere Anzahl von Arbeitern mit Entlassung. Man will diese Entlassung durch die Einführung der Vierzigstundenwoche und zwar unter Aufrechterhal-tung des Lohnes, der früher für eine 47stündige wöchentliche Arbeitszeit ge-zahlt wurde, vermeiden.

-----

SPD. In Holland sind zahlreiche deutsche Hausangestellte tätig. Nach einer Berechnung des Abgeordneten Tilanus von der Christlich-historischen Partei werden pro Jahr an Löhnen und Nahrungsmitteln für diese Arbeitskräf-te rund 75 Millionen Gulden verausgabt. Tilanus fordert eine Verbesserung des Haushaltsunterrichts, da in der Hausarbeit grosse Betätigungsmöglich-keiten für niederländische junge Mädchen gegeben sei.

Der Minister Terpstra betont demgegenüber, dass die Frage der deut-schen Hausangestellten in Holland nicht nur eine Frage der Mädchenausbildung sei.

-----

SPD. Im Organisationsgebiet des Keramischen Bundes sind 130 000 Ziegler, 12 000 Zementarbeiter, 13 000 Kalk- und Gipsarbeiter, 20 000 Schamotte-arbeiter, Tausende von Sand- und Kiesgrubenarbeitern, 40 000 Glasarbeiter und 20 000 Porzellanarbeiter Opfer der Krise. Dazu kommen noch Zehntausende, die kurzarbeiten.

-----

## Reinigung an der Ruhr.

### Die Sanierung des Stahlvereins.

SPD. Noch immer beschäftigen sich die Industrieherrn des Ruhrgebietes mit der Mohrenwäsche am Stahlverein. Flotows Treuhänderbericht für das Reich, heute der Herr des Stahlvereins, ist noch immer nicht veröffentlicht. Das dadurch fortbestehende Halbdunkel erlaubte dem Generaldirektor Vögler in der Gelsenkirchen-Generalversammlung, kaltschnäuzig eine fast 100prozentige Bewertung der Stahlvereinsaktien in der Gelsenkirchen-Bilanz zu rechtfertigen. Die Stahlvereinskurse sind durch Zweckkäufe von 15 Prozent im September auf 37½ Prozent hinaufgetrieben worden. Mit allen Mitteln verteidigen die Grossaktionäre ihren schlechten Schein.

Die Öffentlichkeit darf nicht erlahmen in der Brandmarkung dieses gemeingefährlichen Treibens. Die Sanierung des Stahlvereins darf nicht hintertrieben, sie muss nach volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es gibt keine echte Krisenliquidierung in Deutschland, jede Wirtschaftsbelebung wird gehemmt, wenn der Augiasstall an der Ruhr nicht ausgeräumt wird. Mit 483 Millionen Anleiheschulden, mehr als 450 Millionen kurz- und mittelfristischen Schulden und fast 300 Millionen grossenteils wertloser Beteiligungen ist bei einer durchschnittlich zu 40 Prozent leerlaufenden Kapazität eine Dividende für 775 Millionen Kapital ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man nicht mit der verbrecherischen Absicht umgeht, uferlos die deutschen Eisen- und Kohlenverbraucher auszubeuten, Deutschland zu einem Lohnsklavenstaat auf alle Ewigkeit zu machen und sich neben Fracht- und Steuersubventionen noch offen vom Staat subventionieren zu lassen.

Volkswirtschaftlich muss das Ziel verfolgt werden, die Ruhrmontanbetriebe auch ohne Eisenzölle und Marktausbreitung konkurrenzfähig zu machen. Dafür muss bei der Sanierung des Stahlvereins die entscheidende Vorarbeit geleistet werden. Wenn schon wegen der noch ungünstigen politischen Machtverhältnisse die Verstaatlichung der Montanindustrie jetzt nicht möglich ist, was die Sozialdemokratie fordert und sicher das Vernünftigste wäre, so wäre die Vernachlässigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte doch ein unverantwortliches Versäumnis. Privatwirtschaftlich muss verfahren werden wie bei jeder Sanierung: die übermässige Verschuldung muss abgebaut, es muss für neue offene und stille Reserven und für die Beschaffung neuer Mittel in der Bilanz Raum geschaffen werden; dazu sind das Eigenkapital zusammenzustricken, die Anlagen nach der ausnutzbaren Kapazität abzuwerten, Forderungen und Beteiligungen auf ihren tatsächlichen Wert zu reduzieren. Da die Gründergesellschaften und privaten Grossaktionäre sich durch Gründergewinne seinerzeit ungerechtfertigterweise bereichert und die Gläubigerbanken sich durch mangelnde Sorgfalt in der Kreditgewährung am heutigen Bankrott des Stahlvereins mitschuldig gemacht haben, sind von ihnen die grössten Opfer zu bringen.

Gründer und Gründergesellschaften haben heute noch rund 90 Millionen Mark Genussscheinablösung zu fordern, die 1931 bis 1935 in Raten abzuzahlen und mit 5 % zu verzinsen sind. Diese Gründergewinne sind aus den Schulden

des Stahlvereins bei der Sanierung von vornherein zu Lasten der Berechtigten zu streichen. Die Banken dürften heute 150 bis 180 Millionen zu fordern haben. Nach Vorgängen bei anderen Sanierungen dürfte hier eine Streichung der Bankforderungen um mindestens 30 Prozent angemessen sein. Die Gründergesellschaften und die Gründer (Gelsenkirchen, Phönix, Thyssen, Otto Wolff, Rhein Stahl, Flick) dürften insgesamt rund 740 Millionen von den 775 Millionen Aktien des Stahlvereins in ihrem Besitz haben. Es ist angemessen, dass diese mindestens 175 Millionen Stahlvereinsaktien zur Verfügung stellen, damit sie eingezogen und vernichtet werden; denn das Aktienkapital hätte selbst nach der Ansicht der Gründer im Jahre 1926 nicht höher als mit 600 Millionen Mark bemessen werden dürfen. Auch hier handelt es sich nur um unberechtigte Gründergewinne.

Bei den mit rund 300 Millionen bewerteten Beteiligungen und Wertpapieren (in der Bilanz meist zu 100 % bewertet) ist eine Abschreibung auf die Hälfte umso mehr gerechtfertigt, als vielfach niemals ausnutzbare und durch Quotenhandel erworbene Substanz darin enthalten ist. Die Warenbestände mit rund 300 Millionen sind sicher - auch mit Rücksicht auf die Schwedenerzverträge - um rund 100 Millionen abzuwerten. Unter den Forderungen von rund 150 Millionen sind sehr viel faule gegenüber den eigenen Konzernhandelsgesellschaften. Wenn man sie um 50 bis 70 Millionen abschreibt, sind die Risiken wahrscheinlich noch nicht ausgeschöpft.

Endlich dürfen die Anlagen nicht höher bewertet werden, als es dem Durchschnitt der besten und schlechtesten Ausnutzung seit der Gründung entspricht, jedenfalls nicht höher als 70 % der Kohlen- und Kokskapazität und 55 % der Eisen- und Stahlkapazität. Jedes Mehr erfordert zu hohe Abschreibungen.

Wenn so verfahren wird, kann das nach der Aktieneinziehung verbleibende Aktienkapital von 600 Millionen so zusammen gelegt werden, dass durch Begebung neuer Aktien auch die erforderlichen neuen Mittel und die neue gesetzliche Reserve von 10 Prozent sichergestellt werden können.

So müsste die Reorganisierung der Vereinigten Stahlwerke aussehen, wenn nicht auf Volks- und Staatsausbeutung bedachte Interessenten zu bestimmen haben, sondern nach Gesichtspunkten der volks- und privatwirtschaftlichen Vernunft verfahren wird. Wir werden im Namen der Arbeiterschaft, deren Interessen mit denen der Volkswirtschaft und des Staates identisch sind, darüber wachen, dass auch das Reich, der neue und entscheidende Grossaktionär im Stahltrust, bei der Sanierung seine Pflicht tut.

-----

SPD. Einen recht bemerkenswerten Abschluss legt die Friedrich Krupp A.G. in Essen vor. Das Berichtsjahr wird als "Jahr beispiellosen geschäftlichen Tiefstandes" bezeichnet. Die Produktion sank auf die Hälfte bzw. den dritten Teil des Geschäftsjahres 1929/30 und des letzten Friedensjahres. Das Unternehmen schliesst mit einem erheblichen Verlust ab. Jedoch kann dieser Verlust aus den Reserven gedeckt werden. Ausserdem war die Krupp A.G. in der Lage, die Bankschulden ganz erheblich zu verringern.

Die Kohlenförderung betrug 4,74 Millionen Tonnen gegen 7,79 Millionen im Jahre 1929/30 und 7,6 Millionen im Jahre 1913/14. Die Produktion an Roheisen belief sich auf 472 800 Tonnen gegen 1,31 bzw. 1,28 Millionen Tonnen. Die Belegschaft sank von 44 107 auf 35 647. Die Belegschaften der angeschlossenen Werke und Handelsfirmen gingen von 12 750 auf 10 460 zurück.

Der Verlust wird mit 15,23 Millionen Mark angegeben. Er steigert sich durch den Verlustvortrag vom vorigen Jahr auf 19,65 Millionen Mark. Der gesamte Verlust wird aus den Reserven gedeckt. Die Bankguthaben verringerten sich von 13,57 Millionen Mark auf 8,66 Millionen. Der Wechselbestand ist auf 32,45 Millionen gestiegen. Der Kassenbestand wird mit 705 000 Mark angegeben. Im vorigen Jahr machten Wechselbestand und Kasse zusammen 19,08 Millionen Mark aus. Die Bankschulden wurden von 43,16 Millionen Mark auf 34,13 Millionen Mark

gedrückt. Für Steuern, soziale Abgaben und Wohlfahrtsausgaben wurden 24,18 Millionen Mark ausgeworfen gegenüber 28,67 Millionen Mark im Vorjahr. Vorräte werden mit 37,96 Millionen Mark (im Vorjahre 45,07 Millionen Mark) bewertet. Ohne Zweifel steckt in den Lagern eine stattliche stille Reserve.

Wenn man bedenkt, dass die Krupp A.G. während der Konjunkturjahre ganz bedeutende Reserven hat bilden können, versteht man nicht, wenn im Geschäftsbericht die Forderung nach einer Steuerpolitik aufgestellt wird, "die die Bildung von Reserven erleichtert". Im übrigen ist man bei Krupp der Auffassung, dass die tüchtigste Werkleitung nichts machen kann, wenn die Kundschaft nicht genug Kohlen, Eisen und Maschinen kauft. Das ist eine durchaus richtige Auffassung. Sie muss aber dahin ergänzt werden, dass die Kundschaft nicht genug kaufen kann, wenn ein falsch orientiertes Unternehmertum die Löhne brutal runtersetzt und drückt.

-----

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut macht den Versuch, die Wirtschaftslage in Deutschland für Ende 1932 zu umreißen, und stellt fest, dass für die künftige Konjunktur ein vermehrter Verbrauch und ein gesteigerter Lohn von besonderer Bedeutung sein werden. Alles hängt davon ab, dass Einkommen der breiten Schichten so zu steigern, dass ein Verbrauch sichergestellt wird, der nur allein die Wirtschaft ankurbeln kann.

Nach dem Konjunkturforschungsinstitut ist der Konjunkturabschwung beendet und jene Talsohle erreicht, nach deren Durchquerung der Konjunkturaufschwung beginnen kann. Es erhebe sich die Frage, "wie lange die Wirtschaft in diesem Uebergangsstadium verharren wird, wie lange die Depression dauert".

Die Gesamtbeschäftigung der Industrie sei in den letzten Monaten leicht angestiegen. "Besonders begünstigt waren dabei die Verbrauchsgüterindustrien. Der Produktionsanstieg der Verbrauchsgüterindustrien aber war von einem weiter rückgängigen Konsum der Verbraucher begleitet. Die Mehrerzeugung diente dazu, die Produktion wieder bis an den laufenden Bedarf heranzuführen, nachdem sie im Bestreben nach Lagerabbau und grösstmöglicher Liquidierung empfindlich darunter gesenkt worden war; teilweise dürfte der Handel in Erwartung steigender Preise auch auf Vorrat disponiert haben. Derartige Antriebe reichen im allgemeinen nicht aus, einen fortdauernden Aufschwung zu erzeugen. Sie erschöpfen sich in dem Augenblick, in dem das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum wieder gefunden ist und das Bestreben zur Lagerauffüllung wegfällt. Soll die Produktion weiter zunehmen, so wäre eine Erhöhung auch des Verbrauchs - sei es an Konsumgütern, sei es an Investitionsgütern - erforderlich. Nun ist eine Zunahme des Konsumgüterverbrauchs nicht anders möglich als durch erhöhtes Einkommen, das wiederum eine erhöhte Gesamtbeschäftigung voraussetzt. Die Möglichkeit eines nachhaltigen Produktionsantriebes bleibt deshalb abhängig von dem Verbrauch an Investitionsgütern, also von der Entwicklung der Investitionstätigkeit. Ihre regulierenden Kräfte sind, soweit sie aus dem freien Marktmechanismus erwachsen, in den Rentabilitätschancen gegeben, soweit sie der öffentlichen Initiative entspringen, hängen sie von dem Einsatz der für "Arbeitsbeschaffung" bereitgestellten Mittel ab. Aussichten auf eine wesentliche Erhöhung der privaten Investitionen sind zurzeit nicht gegeben. Die Zukunft der Investitionstätigkeit und damit die Zukunft von Arbeitsmarkt und Verbrauch hängt zunächst von den öffentlichen Investitionen ab. Da diese durch Rücksichten mannigfacher Art in enge Grenzen gebannt sind, wird auch von hier aus, soweit im Augenblick zu übersehen ist, kaum ein schneller Anstieg der Gesamtproduktion und ein dementsprechend rascher Rückgang der Arbeitslosigkeit erzwungen werden können. So wird das Wirtschaftsbild vorerst depressiven Charakter tragen, d.h. durch ein zwar nicht mehr sinkendes (vielleicht sogar konjunkturell leicht steigendes), aber doch tiefes Produktionsniveau bei zunehmender Entlastung der Kreditmärkte gekennzeichnet sein."

SPD.Hamburg, 22. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Konsumvereine sehen sich gezwungen, auf die Gefahren der Schleicherschen Fettpläne hinzuweisen. Die geplanten Massnahmen seien auch für die Landwirtschaft sehr problematisch. So würden viele Konsumenten, die sich heute nur schwer entschliessen, Margarine zu verbrauchen, die Bedenken gegen die Margarine fallen lassen, wenn der Margarine zu 25% Butter beigemischt wird. Der Beimischungszwang könne nur dahin führen, dass der Margarinekonsum steigt und der Butterkonsum weiter sinkt.

Die Spitzenqualitäten der Margarine werden nach einer Schätzung der Konsumvereine durch den Beimischungszwang um 20 Pfennig pro Pfund verteuert werden. Die jetzigen Spitzenqualitäten (Sanella) dürften von 63 Pfennig auf 80 bis 85 Pfennige pro Pfund steigen. Ganz besonders gefährlich seien die Kontingentierungspläne. Die Grosshandelseinkaufsgesellschaft (GEG) habe z.B. jetzt ihre grosse Margarinefabrik nahezu fertig. Der Bau wurde im Februar 1930 begonnen. Sämtliche Maschinen seien jetzt angeliefert und befinden sich im Aufbau. Die geplante Kontingentierung bedroht die bis jetzt geleistete Arbeit. Selbstverständlich muss die GEG, wenn die Kontingentierung doch kommen sollte, ihre Einschaltung verlangen. Die Konsumvereine lehnen die Kontingentierung aus grundsätzlichen Erwägungen ab, weil sie die Inzucht in der Industrie fördert und Monopol Tendenzen in sich trägt. Die Lage auf dem deutschen Markt sei ganz besonders gefährlich, weil der holländisch-englische Margarinetrust bereits 70% der deutschen Produktion beherrscht. Bei einer Kontingentierung würde die Industrie auch versuchen, die geringeren Margarinequalitäten, die vom Beimischungszwang nicht betroffen werden sollen, im Preise zu erhöhen. Es ist ja bekannt, dass der Margarineindustrie sehr daran gelegen ist, die jetzigen Pfundpreise von 25 Pfennige für die geringsten Qualitäten zu verteuern.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine wird gegen die Schleicherschen Fettpläne bei der Regierung Beschwerde erheben.

-----

SPD. Die Verhandlungen über die Gründung der beiden Hilfsinstitute für die Banken (zweite Bankensanierung) sind abgeschlossen.

Es handelt sich einmal um die "Deutsche Finanzierungs-Institut A.G.", die die Aufgabe haben soll, den gewerblichen Bankkredit zu fördern. Das Grundkapital des Instituts beträgt 30 Millionen Mark, wovon 10 Millionen Mark Vorzugsaktien sind. Das Deutsche Finanzierungsinstitut, kurz Institut genannt, erhält das Recht, Aktien und sonstige Anteile an gewerblichen Unternehmungen sowie Forderungen gegen solche Unternehmungen zu erwerben. Die betreffenden Unternehmungen müssen saniert sein. Das Institut kann von der Einzelbank Werte nur bis zum zehnfachen Betrage des Nennbetrages übernehmen, für den die Bank Aktien des Instituts übernommen hat. An der Aufbringung des Kapitals beteiligt sich die ganze Geld- und Kreditwirtschaft. Auf den ersten Blick erscheint diese Regelung als gemeinsame Aktion durch aus privatwirtschaftlicher Art. In Wirklichkeit werden die staatlichen und halbstaatlichen Institute in erster Linie an der Aufbringung des Kapitals beteiligt sein, während sie die Hilfe des Instituts nicht in Anspruch nehmen.

Das zweite Institut führt den Namen "Tilgungskasse für gewerbliche Kredite" kurz Tilka genannt. Sie wird mit einem Grundbetrag von 30 Millionen Mark ausgerüstet, der die Golddiskontbank aus dem Garantiefond von 500 Millionen Mark zur Verfügung stellt, der anlässlich des vorjährigen Bankkrachs gebildet wurde. Die Tilka wird sogenannte faule Forderungen - Kadaververwertung - aufnehmen. Für die Zwecke des Instituts rechnet man zunächst mit einem Höchstbetrag von 200 Millionen Mark. Es ist sehr zu bezweifeln, ob dieser Betrag ausreichen wird.

-----

**Auf Frost fester.**

-----  
 (Berliner Getreidebörse vom 22. Dezember)

SPD. Am Donnerstag konnten sich sowohl auf dem Lieferungs- als auch auf dem Promptmarkt stärkere Preissteigerungen durchsetzen. Die Erscheinung hängt mit der gegenwärtigen Frostperiode zusammen. Das Angebot hat sich verringert. Trotzdem die natürlichen Verhältnisse zu Preissteigerungen führen müssen, haben die Stützungsstellen am Donnerstag in gewohnter Weise aufgekauft. Am Promptmarkt gewannen die Weizen- und Roggenkurse je 1 Mark. Für Weizen wurden aber um 2 Mark höhere Preise gezahlt. Die Steigerungen am Lieferungsmarkt beliefen sich für Weizen bis 3 Mark und für Roggen bis 1,50 Mark. Der Mehlmarkt lag nach wie vor schlecht.

	21.12.	22.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	185 - 187	186 - 188
Roggen	152 - 154	153 - 155
Braugerste	166 - 175	166 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 165	158 - 165
Hafer	113 - 118	114 - 119
Weizenmehl	23,25-26,25	23,25-26,25
Roggenmehl	19,00-21,40	19,00-21,40
Weizenkleie	8,70- 9,20	8,80- 9,20
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 201½-201 (Vortag 199), März 206-205 (203), Mai 208½-207½ (206½). Roggen Dezember 164½-164 (163½), März 167 - 166½ (165½), Mai 169 - 168½ (168), Hafer März 126½-125, Mai 129 - 127 ¾ (127).

-----  
**Eiernotierungen.**  
 -----

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Reichspfennig an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 22. November). A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier: a) G 1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 11,50 Grösse unter 65 - 60 g 10,50, Grösse B unter 60 - 55 g 9,50, Grösse C unter 55-50 g 8,50, Grösse D unter 50-45 g 6,75; b) G 2 (frische Eier) Sonderklasse 10,75, Grösse A 10, Grösse B 9, Grösse C 7,75, Grösse D 6,25; Deutsche sortierte Eier: a) vollfrische: Sonderklasse 11, Grösse A 10,25, Grösse B 9,25; b) frische: Grösse B 9, Deutsche unsortierte Eier 9,75; Deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 6. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 10,75, 17er 10,25, 15½-16er 8,75, leichtere 6,75-7,50; Finn- länder, Estländer und ähnliche Sorten 18er 10, 17er 9,50, 15½-16er 8-8,25, leichtere 6,75-7,25. Rumänen 7-8; Russen normale 6,75-7; Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6. C. Kühlhauseier (ausländische): Grosse 7,75-8,25; Chinesen und ähnliche grosse 8,25, normale 6,50, kleinere 5,50. D. Kalkeier und andere konservierte: Grosse 7,75. Witterung: Leichter Frost. Marktlage Ruhig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 99

Berlin, den 22. Dezember 1932

## Vorgetan und nachgedacht!\*

SPD. Es zählt zu den unfruchtbarsten und unnützlichsten Unternehmungen des täglichen Lebens, "Wenn-Berechnungen" anzustellen über Dinge, die schon geschehen sind. Es ist nun einmal so: Geschehenes lässt sich nicht mehr rückgängig machen, auch mit den besten nachträglichen Ueberlegungen nicht. Fraglos ist diese Einsicht oft sehr herb für einen Menschen, der es in der Hand gehabt hätte, eine Sache so oder auch anders zu machen. Ganz besonders schmerzlich dürfte aber die Wertlosigkeit der Wenn-Berechnung dann empfunden werden, wenn durch unser "Vorgetan und Nachgedacht" ein uns nahe stehender Mensch oder gar die eigenen Kinder zu Schaden gekommen sind.

So schellte dieser Tage die Frau aus der Parterrewohnung aufgeregt an unsrer Glastüre: "Ach, Fräulein E., sagen Sie mir doch schnell, was ich tun soll: mein Bub ist in die kochende Wäschebrühe gefallen und hat sich beide Füße verbrüht; ich habe ihm schon die Schuhe und Strümpfe ausgezogen".- Obwohl man mit den ersten Hilfeleistungen rasch zur Hand war und sogar bald ein Arzt kam, bildeten sich doch Brandblasen, die dem Fünfjährigen nicht wenig Schmerzen verursachten. Wie oft beteuerte die Mutter in diesen Tagen: "An so was hab' ich gar nicht gedacht; wenn ich doch bloss gleich den Wäschekessel zugedeckt hätte", oder: wenn ich den Jungen doch gleich gar nicht in die Küche gelassen hätte!" Doch alle Wenn, alle Reue und Tränen, ja, sogar die guten Vorsätze halfen nichts: das Kind hatte seine Brandwunden und Schmerzen schon weg.

Kürzlich erzählte eine junge Mutter von ihrem einige Monate alten Sprössling: "Es ist ja ein herziger und lieber Kerl. Aber Nachts, so um drei Uhr 'rum, da schlägt er Krach und will unbedingt etwas zu trinken. Wenn ich gewusst hätte, dass man ihm das nimmer abgewöhnen kann, hätte ich es gar nicht erst angefangen; so muss ich jetzt jede Nacht aufstehen!"

In einem andern Falle hatten die Eltern und älteren Geschwister die Gewohnheit, ein kleines Mädchen mit dem "schwarzen Mann" brav zu machen bzw. in Bann zu halten. Die Furcht vor diesem unbekanntem Ungeheuer setzte sich nach und nach in dem Kinde so fest, dass es in keinen dunklen Raum gehen, sich vor allem Möglichen fürchtete und zuletzt so stark von Wahnvorstellungen geängstigt wurde, dass die Gesundheit erheblich darunter litt. Als dann die Eltern auf ihre groben Erziehungsfehler aufmerksam machte, da meinten sie beipflichtend: "Ja, wenn man das gewusst hätte, dann... Aber wir dachten nicht daran, dass das dem Kinde so nahe gehen würde."

Nicht nur hunderte, sondern tausende solcher Fälle könnten die Sinnlosigkeit und Hinfälligkeit der "Wenn-Erwägungen" illustrieren, die von Eltern und Erziehern immer wieder angestellt werden, um gemachte Erziehungsfehler gewissermassen vor sich selbst zu entschuldigen; denn, wenn sie das Ende vorhergesehen hätten, dann hätten sie's bestimmt ganz anders, nämlich richtig gemacht! Ohne Zweifel gibt es viele erziehende Personen, die mit dieser Wennvoraussetzung ihr Gewissen einlullen, sich damit vor sich selbst rechtfertigen und ihr vielleicht etwas erregtes Gemüt trösten und besänftigen. Diese Art von Wenn-Erwägungen sind eigentlich ein kleiner Selbstbetrug der Erwachsenen, dessen Opfer nicht nur vorher, sondern auch weiterhin die leicht beeinflussbaren kindlichen Gemüter bilden werden.

Andrerseits muss aber auch gesagt werden, dass dieses "Wenn" mit seiner grausamen Sinnlosigkeit, mit seiner Unmöglichkeit, Getanes ungetan zu machen, schon manchen Eltern und Erziehern schlaflose Nächte, Stunden voll Tränen, Tage voll Qualen und Selbstvorwürfen gebracht hat, die zwar Zurückliegendes nicht ungeschehen machen konnten, aber oft markante Warnungssignale, wertvolle Richtungsgeber für eine richtigere, vernünftige Erziehung wurden. Leider gibt es in unserm vielgestaltigen Leben Fälle - und zwar recht trauriger Art -, in denen die Wenn-Erwägung sogar als Richtungsgeber und Warnungssignal häufig ist und zu spät kommt. In dieser Hinsicht will aus vielen nur ein Beispiel herausgegriffen werden: Jahr für Jahr um die Frühjahrszeit, Examenszeit, berichten die Zeitungen von Jugendlichen, die aus Furcht vor dem Durchfallen, oder vor dem - wieder schlechter gewordenen - Zeugnis zum Selbstmord als dem alleinigen Ausweg greifen. Geht man einer solchen Sache auf den Grund, dann stellt sich heraus, dass nicht die Furcht vor dem Durchfallen selbst oder vor den schlechten Zensuren im Zeugnis dazu den wirklichen Anlass gaben, sondern die oft recht handgreiflichen Drohungen der Erwachsenen, die schon Wochen und Monate lang vorher lähmend auf die Leistungsfähigkeit und das Selbstbewusstsein der Jugendlichen drücken. Wird dann so ein Opfer des entarteten elterlichen Ehrgeizes tot aus dem Wasser gezogen, in der vergasteten Küche des Elternhauses aufgefunden, oder mit völlig zerstückeltem Körper von irgendeinem Bahndamm gebracht, dann helfen die heiligsten Wenn-Versicherungen nichts mehr, und die Beteuerung, "dass doch alles gar nicht so ernst gemeint war", ist in den Wind gesprochen; Tote werden dadurch nicht mehr auferweckt.-

So gilt auch in der Erziehung das im Volke geläufige Wort: "Vorgetan und nachgedacht hat manchem schon gross Leid gebracht!" Allerdings haben wir es in der Hand, uns bei gutem Willen und ein wenig vernünftigem Denken vieles von dem unangenehmen "nachgedacht" zu ersparen.

Enzian.

-----  
Die Kinderlesehalle.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die Bücherei der Erwachsenen ist ein Begriff, der jedem Gross- und Kleinstädter seit langem geläufig ist. Es ist für uns bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden, Bücher zu entleihen und zu verleihen, und seitdem wir eine Wirtschaftskrise in Deutschland haben, machen viele von der Einrichtung billiger oder sogar kostenloser Büchereien Gebrauch, die früher gewohnt waren, monatlich eine bestimmte Summe für den Kauf von Büchern auszugeben. Genau die gleiche Entwicklung hat die Lesehalle für Erwachsene durchgemacht. Ein grosser Prozentsatz kann heute die Zeitung nicht mehr bezahlen, auch keine Zeitschriften mehr halten. Der Ersatz ist die Lesehalle, in der, meist ohne Entgelt, in Zeitungsliteratur, manchmal auch in Broschüren und Bücher Einsicht genommen werden kann. Ja, für viele Arbeitslose bildet die geheizte, behagliche Lesehalle eine Art "Heim", in dem sie sich bedeutend wohler fühlen als zu Hause, wo es am Nötigsten fehlt und die Küche oft der einzige Aufenthaltsraum ist.

Nicht ganz so geläufig ist uns jedoch der Begriff der Kinderlesehalle. Auf dem Lande kennt man sie überhaupt nicht, und selbst in den Grosstädten soll es ungezählte Einwohner geben, die noch keine Kinderlesehalle besucht haben. Und doch haben wir schon seit etwa einem Vierteljahrhundert Kinderlesehallen in Deutschland. Zwei süddeutsche Städte, Mannheim und Stuttgart, dürfen den Ruhm für sich beanspruchen, zu den ersten deutschen Städten zu gehören, die den sozialpädagogischen Wert der Kinderlesehallen erkannten und kommunale Einrichtungen schufen, die ausschliesslich den Kindern zur Benutzung offen standen. Hier wurden die Kinder herzlich aufgenommen; eine freundliche "Lese-

standen. Hier wurden die Kinder herzlich aufgenommen; eine freundliche "Lesetante" nahm sich ihrer an, erkundigte sich nach ihren Wünschen und legte ihnen die schönsten Märchenbücher, Tiergeschichten, Abenteuerromane vor, die man sich denken konnte. In Norddeutschland haben Elberfeld und Kiel bereits mehrere Jahre vor dem Weltkriege Kinderlesehallen eingerichtet.

Was ist nun der Zweck dieser Lesehallen für Kinder? Die Wohnungsnot, das Anwachsen der Grosstädte, Arbeitslosigkeit der Eltern, die grösste Einschränkung nötig macht, oder, falls die Eltern auf Arbeit gehen, die Gefahr der Verwahrlosung: dies alles sind Gründe, die zur Einrichtung von Kinderlesehallen geführt haben. Endlich aber bietet die Kinderlesehalle, die einwandfreie, gute Jugendliteratur besitzt, das beste Gegenmittel gegen die Schmutz- und Schundliteratur, die beste Gelegenheit, die Arbeit der Schule zu ergänzen und den literarischen Geschmack der Heranwachsenden zu bilden. Wie stark die Jugendlichen durchschnittlich jedoch immer noch von der Schundliteratur erfasst werden, das zeigt eine Erhebung des "Kunstwart", die nachweist, dass nicht weniger als 70 Prozent des Papiers der gesamten deutschen Bucherzeugung von wertlosem, untergeistigem Schrifttum in Besitz genommen werden. Eine andre Erhebung ergibt, dass 31 Prozent elfjähriger, aber 88 Prozent vierzehnjähriger Kinder im Durchschnitt Schundliteratur lesen. Die Kinderlesehalle hat also auch auf diesem Gebiet eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Sehr erfreulich ist es, dass das vielfach vernachlässigte Problem der Kinderlesehalle, an dem auch heute noch nicht nur Laien, sondern auch Eltern und Erzieher achtlos vorübergehen, in diesen Tagen durch eine ganz ausgezeichnete Arbeit nach allen Seiten hin beleuchtet wird. Soeben erscheint eine Dissertation der Münchener Universität "Die Kinderlesehalle. Ein pädagogisches Problem", von Dr. Hans Engl im Druck. (Verlag von Ernst Reinhardt in München), die nicht nur theoretisch ausserordentlich bedeutsam ist, sondern auch durch eine Fülle von Anregungen befruchtend in die Praxis eingreifen wird. Engl gibt eine Uebersicht über die Geschichte der Kinderlesehallen-Bewegung und behandelt ihren Stand in den europäischen Ländern und den andern Erdteilen. Wenig bekannt dürfte es sein, dass sich in den beiden australischen Städten Sydney und Adelaide Kinderlesehallen befinden. Ebenso sind Kinderlesehallen in Neuseeland nicht unbekannt, und in der Lesehalle für die Kleinen in Durban (Südafrika) werden wöchentlich viermal Erzählstunden abgehalten. In der Kinderlesehalle zu Baroda in Indien, die einen jährlichen Besuch von 20 000 Kindern aufzuweisen hat, werden die Kinder sogar in Flecht- und Webarbeiten unterwiesen, während indische Lehrer schöne Geschichten erzählen und auf diese Weise versuchen, die Kinder mit guter Literatur zu befreunden.

Von grösster aktueller Bedeutung sind die Ausführungen Engls über die Organisation der Kinderlesehalle unserer Tage. Mit Recht betont er, dass nur eine sozial empfindende Persönlichkeit Leiter einer Kinderlesehalle sein kann. Damit wird das Problem von vorn herein aus der Abgrenzung der pädagogischen Bildungsmässigen gelöst und in Zusammenhang mit den gesamten grossen sozialen Problemen unserer Zeit gestellt. Dass der Leiter selbstverständlich auch pädagogische Fähigkeiten und Kenntnisse, Verständnis für die Kinder und ihre Wünsche, literarische Spezialkenntnisse besitzen muss, wird ebenfalls ausführlich begründet. Auch die Ausstattung der Kinderlesehallen, wie sie Engl unsere Jugend wünscht, steht völlig in Einklang mit ihrem soziapädagogischen Zwecke. Den Ausdruck "Kinderlesehalle" möchte der Verfasser gern mit dem Begriff der "Kinder-Lesestube" vertauschen, um damit anzudeuten, dass es sich hier um eine Art erweitertes, behagliches, auf die Kinder als Vorbild wirkendes Familienzimmer handeln sollte, das den Kindern eine Art geistiger Heimstätte bietet.

Um die richtige Auswahl der Bücher durchzuführen, empfiehlt Hans Engl die Methode der direkten Befragung der Kinder, ferner die sogenannte "stille Beobachtung", die sehr leicht von Eltern und Erziehern ausgeübt werden kann, endlich gewissenhafte mechanische Registrierung, die in allen Bibliotheken,

in besonders starken Masse in den Kinderlesehallen stattfinden kann.

Gewiss unterbindet die heutige Sparsamkeitspolitik vielfach die Einrichtung von Kinderlesehallen. Dennoch verdient dieses so bedeutsame Problem unsere grösste Anteilnahme und Aufmerksamkeit, denn es wird auch einmal wieder die Zeit kommen, da wir alle kulturellen Aufgaben, die jetzt in den Hintergrund treten mussten, erneut in Angriff nehmen werden. Für die heute schon bestehenden Lesehallen aber, besonders für Lehrer und Erzieher, Eltern und Fürsorger bedeutet das ausserordentlich reichhaltige, tiefschürfende Werk von Hans Engl eine Bereicherung, von der sie unter allen Umständen Gebrauch machen sollten. Gerade auf sozialpädagogischem Gebiet, auf dem so vieles noch in den ersten Anfängen steckt, können wir nicht dankbar genug sein für jede ernsthafte, gründliche Arbeit, ob sie von Seiten der Wissenschaft oder der Praxis kommt oder ob sie - wie im vorliegenden Falle - beides aufs glücklichste vereint.

Elke.

-----  
Ein Kind wird geschlagen.... X  
-----

SPD. Frau Budach sitzt aufrecht im Bette: "Jotte doch", sagt sie, "Jott=te doch", und horcht ins Dunkle. S chliesslich weckt sie ihren Mann. "Jott=fried, - Jottfried, - nu hör man bloss - Jottfried!" Ein friedlicher Schnarchton bricht in der Höhe ab: "Ja, Emma, - wat is'n los?" - "Hör doch man blos, Mann, hör doch man bloss!" Und da ist Jottfried plötzlich hellwach: "Da soll doch.. Prügelt der Kerl wieder die kleene Jöhre..." Aus der Nachbarwohnung dringt Kinderweinen herüber, gestossenes, angstvolles Schluchzen, dazwischen langgezogenes, schmerzliches Schreien: "Nich - Vater - bitte - nich -nich-so-doll- Vater..."

Gottfried Budach ist mit beiden Füssen aus dem Bette: "Det hör ick mir nich mehr länger mit an; ick jeh nu rüber!" Aber die Frau kriegt seinen Arm zu fassen: "Man bloss nich, Mann, - der rabiate Kerl! Denk doch, wie er mir neulich anjebrüllt hat, als ick es ihm denn Morjens jesacht habe: Det jeht Ihnen jarnischt an, det is meine Sache, wat ick mit mein Kind mache, - mit son kesses Balg is anders nich fertig zu werden! - Jott nee" - und Frau Budachs breites mütterliches Gesicht ist ganz blass -, "noch fertig zu werden! Mit det arme mickrige Ding, - nischt wie Haut und Knochen is se! Und braun und blau schlägt er ihr, - neulich traf ick ihr auf der Treppe, und da ha'ck ihr mal det Kleid 'n bicken beiseite jeschoben, - ~~entlich~~ Striemen hat se jehabt! Aber det hat er jemerkt - und denn hat er - wie ick übere Hof rüber bin, expree 'n Topp Wasser runterjessen und dazu jebrüllt, det nächste Mal nimmt er's kochend... Nee, nee - nu; hör doch man bloss - det arme Kind! Wat kann man'n da bloss tun?"

Ja, was kann Frau Budach tun? Die Sache anzeigen, ihren Namen sagen und ihre Adresse, - das getraut sie sich nicht, "der Kerl is'rja imstande und nimmt det Küchenbeil!"

"Das braucht Frau Budach auch gar nicht", sagt man mir im Büro des "Ver=eins zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Misshandlung" in der Oranien=burger Strasse in Berlin. "Frau Budach braucht ihren Namen nicht zu nennen. Wenn sie uns sagt, da und da, in dem und dem Hause, wird ein Kind misshan=delt, dann genügt uns das vollkommen. Alles andere bringt unsre Fürsorgerin schon in Erfahrung. Die hat freilich schwere Arbeit. In den schwierigsten Fällen muss sie zu ihrem persönlichen Schutz einen Polizisten mitnehmen. Aber das tun unsre Fürsorgerinnen nur im äussersten Notfall, - fast immer gehen sie allein. Sie holen das Kind ab und bringen es zunächst zu einem Arzte.

Stellt der die Spuren schwerer Misshandlungen fest, dass nehmen wir das Kind den Eltern fort, warten gar nicht erst einen Gerichtsbeschluss ab. In so einem Falle liegt die Schuld der Eltern ganz klar zutage, und sie werden sich wohl hüten, Einspruch zu erheben. In andern Fällen müssen wir erst den Gerichtsbeschluss durchsetzen. Das ist oft eine schwierige Sache: so mancher Richter sieht auch heute noch in der Prügelstrafe ein geeignetes Erziehungsmittel. Da ist es dann schwer, die Grenze zu ziehen zwischen Züchtigung eines Kindes (die das Gesetz erlaubt) und Misshandlung\*.

Was geschieht nun mit dem Kinde? "Wir bringen es in ein Heim, am liebsten ein unser eigenes kleines Heim in Gross-Besten, wo 20 Kinder wie eine grosse Familie aufwachsen und sich zu Hause fühlen, - so sehr, dass noch die längst Entlassenen zu den Feiertagen immer wieder den Weg "nach Hause" finden. Ein Wochenendhaus haben wir extra bauen müssen für unsre "alten" Kinder, die zum Teil schon lange mündig sind und im Berufe stehen. Es ist uns gelungen, fast allen unsern Pflegebefohlenen eine Berufsausbildung zu verschaffen, auch denen, die in andern Heimen oder in Privatpflegestellen aufwachsen, und sie so wirklich ins Gemeinschaftsleben einzugliedern!"

Der Verein zum Schutze der Kinder besteht seit 35 Jahren. Aus privater Initiative gegründet, aus privaten Mitteln zunächst allein erhalten, machte er sich die Sorge um verwaarloste und gequälte Kinder zur Pflicht, längst bevor es Jugendämter und andre öffentliche Jugendfürsorge gab. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral. Er arbeitet heute mit den Jugendämtern und allen andern Jugendfürsorgen zusammen. Als Privatorganisation kann er mit einem minder grossen und einfacheren Apparat oft schneller arbeiten als sie. Und kann auch da eingreifen, wo die Jugendämter, denen man ja durch alle Sparmassnahmen und Notverordnungen der letzten Zeit die Marschroute immer mehr eingeengt hat, aus irgendwelchen formalen Gründen nichts tun können.

Ich stelle die Frage: "Und im Falle der kleinen Rosemarie Boddin? Wer wird da helfen? Was wird da geschehen?"

"In diesem Falle wird die staatliche Jugendfürsorge eingreifen. Man wird das Kind, wenn es erst körperlich geheilt ist, zunächst zur Erholung fortbringen, in eine neue Umgebung, damit es langsam vergessen lernt und neue Kraft sammelt. Dann wird man es wohl in einem kleinen Heim erziehen und alles daran setzen, damit aus ihm doch noch einmal ein gesunder, lebensfroher Mensch wird\*..

Kinder werden geschlagen.... Das Schicksal der kleinen Rosemarie ist ein Einzelfall, aufrüttelnd in seiner Furchtbarkeit. Aber die Statistiken zeigen, dass die Zahl der Kindermisshandlungen steigt, von Jahr zu Jahr! Die Zeit ist schuld, freilich, - die die Menschen durch Not und Arbeitslosigkeit mürbe macht, - die Mann diese Menschen zusammenpfercht in enge Löcher der Stuben und Wohnküchen. Und das ewige Eingesperrtsein miteinander reizt auf bis eines Tages aller Zorn auf einmal losbricht. Und ein Kind sterbt. Und sieht zu, - sieht zu mit den stummen, unbestechlichen, richtenden Augen, da denen Kinder einen Erwachsenen ansehen, der sich vergisst... Gegen diesen Richter im Kinde, der mehr zu wissen scheint als man selbst, wendet sich dann der Zorn und die Wut. - Und ein Kind wird geschlagen...

Noch schwerer wird alles, wenn ein Kind schwer erziehbar ist, durch eine seelische oder körperliche Störung gehemmt. Oder wenn es Stiefkind ist, vom einen Elternteil als Last empfunden. Am allerschwersten aber haben es die Kinder, die gegen den Willen ihrer Eltern das Leben erhielten. Es geht also auch hier um den § 218! In einem Vortrage im Rahmen des Vereins zum Schutze der Kinder betont dann auch Stadtrat Dr. Muthesius, dass der Rationalisierungsprozess zum Zwecke der Geburtenregelung, der "die Zahl der unerwünschten Kinder vermindert, auch die Zahl der Kindermisshandlungen vermindern wird."

Kinder werden geschlagen: "Ohne Schläge gehts nun mal nicht! Und da und zu mal ein Schlag, das macht gar nichts!" Vielleicht, wenn es dabei bleibt! Aber Zorn, Unbeherrschtheit - und jener Grad von Sadismus, der in jedem Mensch

schen schlummert und bei solchem Anlass wach wird, - die ~~er~~wischen die Grenze und nehmen das Mass! Lieber gar nicht schlagen! Mit einem normalen Kinde, wird man auch so fertig! Und ein schwer erziehendes wird nur noch schwieriger durch Schläge! Dann lieber ruhig einmal zum Jugendamt oder zur Fürsorgerin gehen und sich Rat holen! Ein Schlag kann mehr zerstören, als man denkt! Denn Mathesius spricht im gleichen Vortrage auch von der "Dissozialisierung" des Kindes durch Misshandlung. Vater und Mutter sind dem Kinde die Stellvertreter der Gemeinschaft, - und mit dem Vertrauen und dem Zugehörigkeitsbewusstsein zu ihnen verliert es auch die Beziehung zur Gemeinschaft, wird asozial, Sozialistische Erziehung, Gemeinschaftserziehung verlangt freies Menschentum, Vertrauen, Selbstbewusstsein. Den Kadavergehorsam, den Drill, die Prügelbank wollen wir ruhig ändern überlassen! (Nicht umsonst führt der Faschismus das Rutenbündel im Wappen!) Prügelerziehung - ist antisozialistische Erziehung!  
Lore Hergershausen.

-----  
Puppe ist Mutter.X  
-----

SPD. Im Eisenbahnwagen, auf der Fahrt nach Berlin, wurden die beiden kleinen Löwen geboren. Menschen Sorge stand über ihrer Ankunft. Als sie ins Dasein hineinwinkelten und sich durch ihre Nase mit ihrer Umgebung vertraut machen wollten, nahmen Menschenhände von ihnen Besitz. Die Löwenmutter hatte nämlich nicht die allergeringste Lust, Kinder grosszuziehen, und biss sie daher regelmässig tot. Diese beiden jedoch sollten gerettet werden, und deshalb hatte man schon ein warmes Lager und warme Milch in Saugflaschen für sie bereit.

Die beiden kleinen Löwen gewöhnten sich schnell an die ungewöhnliche Umgebung; tranken mit Eifer und schrieten gleich sehr lungenkräftigen Menschenbabies. Dennoch starb ein kleiner Löwe, bevor seine Augen sich geöffnet hatten und er das Licht der Welt erblickte, Da sann man auf Hilfe für den andern und dachte immer und immer wieder an Puppe; denn Puppe war jetzt ebenfalls Mutter und hatte vier hungrige, saugende Junge bei sich.

Puppe ist eine hässliche Löwin, eingereiht in die grosse Löwengruppe des Kapitän Schneider. Puppe ist ein willfähriges Tier, klug, jedoch zu Liebzeiten gefährlich und übertrieben reizbar. Sie lässt sich das Recht ihrer natürlichen Bestimmung nicht nehmen, doch hat sie sich bislang durchaus nicht auf Kinderpflege verstanden. Dabei hat Puppe doch keine Menschen-, sondern eine regelrechte Löwenerziehung genossen. Wie dem auch sei, sie hatte, trotz rührender Lieben schon einmal vier Junge erdrückt. Durfte man demnach dieser Löwin den kleinen Ausgestossenen anvertrauen?

Nun, man setzte ihn, gemeinsam mit den vier Kindern der Puppe, stundenlang in einen Schliesskorb. Dadurch nahm er den Geruch der andern Löwen an. Zudem hatte er sich auch bereits an ihre Bewegungen gewöhnt und hielt sich zum Knäuel dazugehörig. Dann endlich, nach Mitternacht, kam der wichtige Moment, der Menschenherzen um einen kleinen, hilflosen Löwen bangen liess. Puppe zeigte durch mächtiges Mauzen an, dass sie sehnsüchtig nach ihren Kindern verlangte. Da gab man ihr ein Kind, das zweite, schon geschwind den kleinen Fremdling unter, gab ihr dann ihr drittes und endlich ihr viertes Kind.

Puppe stutzt. Sie beriecht das Wollknäuel, beleckt es und stutzt abermals. Puppe kann nicht zählen, aber Puppe weiss, es ist auf unerklärliche Art plötzlich ein Kind mehr im Wagen. Der Fremdling ist fast um Stunden genau so alt wie Puppes Kinder, doch ist er um vieles kleiner. Er hat ja auch noch niemals Muttermilch genossen.

Kapitän Schneider und seine Gehilfen starren Puppe an. Es ist ein sehr gefährlicher Moment. Hält die Löwenmutter nämlich den Kleinen für einen

Schwächling, dann beisst sie ihn unweigerlich tot. Dabei würde Puppe nicht einmal grausam sein, sondern nur nach urewigen Naturgesetz handeln, das in ihr liegt. Der im Käfigwagen nebenan bisher geruhsam liegende Löwe Albert, der aufmerksamst die Kindesunterschlebung betrachtet hat, steht auf und brüllt furchtbar. Tief holt er den Schrei aus der Lendengegend. Die Luft zittert. Die andern Löwen stimmen in das Gebrüll ein. Eine Atmosphäre, die nervös macht, steht im Stalle. Besorgt sehen Menschengenossen auf Puppe.

Da legt sich Puppe hin, treu und brav wie eine Kaninchenzippe, und fünf kleine Löwen kommen zu ihrer Nahrung.

Eine Menschenstimme jauchzt auf: "Puppe hat ihn angenommen!" Eine andre sagt: "Puppe bringt ihn durch; denn Puppe ist jetzt nicht mehr verspielt; Puppe ist eine wirkliche, echte Mutter geworden".

In 15 Wagen liegen Löwen. Unvergleichlich wertvoll in dieser Gruppenzusammensetzung, in dieser Masse. Menschen verzichten auf alle persönlichen Annehmlichkeiten; Menschen zersorgen sich um diese Tiere, ist doch die Zeit hart und schwer, und ein Löwe muss trotzdem fressen. Aber in diesem Augenblick, in dem Puppe den Fremdling annimmt, bejahen alle freudig das Dasein. Da wächst aus selbst gewählten Verpflichtungen heraus unbeugsamer Mut zum Leben. Und man meistert wieder ein Stückchen Zeit und kommt wieder einen Schritt vorwärts, weil man noch um etwas ausserhalb der eigenen Sorgen bangt, und weil ein Lebewesen einem blindlings vertraut, und ist es auch nur ein schnüffelndes Löwenbaby.

Erna Büsing

SPD. Benzinsucht!<sup>X</sup> Dass es eine Opium-, eine Kokain-, eine Morphinumsucht gibt, ist uns zur Genüge bekannt. Aber eine Benzinsucht? Das kann doch kaum möglich sein. Und doch berichtet Professor Leschke von Menschen, die dieser seltsamen Leidenschaft fröhnen. Diese Leute träufeln sich die doch wahrlich wenig angenehm riechende Flüssigkeit tropfenweise auf ein Taschentuch, riechen daran und versetzen sich dadurch in einen angenehmen und heiteren Rauschzustand. Wie bei allen Suchten kommt aber auch hier das dicke Ende nach: schwere Erkrankungen, ja, in den schlimmsten Fällen Geistesstörung, sind die Folgen dieses Missbrauches!

SPD. Mutter Erde als Leckerbissen.<sup>X</sup> Auf der Insel Neuginea nördlich von Australien haben die Eingeborenen die seltsame Angewohnheit, Erde zu vertilgen, und zwar bevorzugen sie eisenhaltige Erde, die sie in Form des grünen Specksteins geniessen, der als durchlöcherter trockener Kuchen von ihnen aufbewahrt wird. Dieser Erdkuchen wird, wie auch andre Kuchen, als Leckerbissen zum Nachtmahl nach reichlicheren Mahlzeiten verzehrt. Wir brauchen uns über diese eigentümliche Geschmackverirrung garnicht zu wundern, seitdem man auch bei uns Erde, in Form von "Heilerde", als sogenanntes Medikament verzehrt.

SPD. Die zärtlichen Verwandten.<sup>X</sup> Onkel Max kommt zu Besuch. "Grüss Gott, du altes Haus", sagt der Vater zu ihm. "Ist denn Onkel Max ein Haus?" fragt der kleine Paul. "Dann verabscheue ich auch, warum du neulich sagtest, du wolltest ihm mal gehörig aufs Dach steigen".